

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Wirtschaft
im Sommer 2025

Abgeschlossen am 11. Juni 2025



Nr. 125 (2025 | Q2)

*Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen,
Stefan Kooths und Christian Schröder*

TALSOHLE ERREICHT, ERHOLUNGSSIGNALE VERDICHTEN SICH

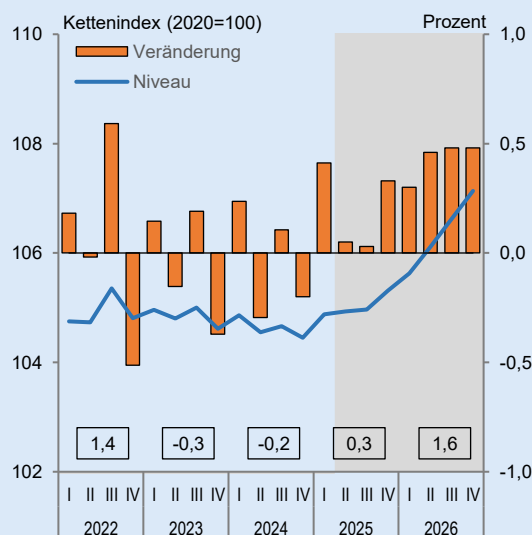
Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Christian Schröder

Die deutsche Wirtschaft sieht etwas Licht am Ende des Tunnels. Zum Jahresauftakt ist die Wirtschaftsleistung deutlich gestiegen und die Unternehmen blicken wieder etwas zuversichtlicher in die Zukunft. Zunächst dürfte die wirtschaftliche Dynamik jedoch noch verhalten bleiben, auch weil die US-Handelspolitik negativ zu Buche schlägt. Neben den dämpfenden Effekten der höheren US-Zölle werden auch die vorgezogenen Lieferungen in die Vereinigten Staaten, die zu dem guten Jahresauftakt beigetragen haben, die Produktion zwischenzeitlich belasten. Im kommenden Jahr, wenn sich die ungleich größeren finanzpolitischen Spielräume der neuen Bundesregierung zunehmend bemerkbar machen, wird sich das Expansionstempo merklich erhöhen. Insgesamt rechnen wir im Vergleich zur Frühjahrsprognose nun mit etwas höheren Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 0,3 Prozent (Frühjahr: 0,0 Prozent) in diesem Jahr und 1,6 Prozent (Frühjahr: 1,5 Prozent) im Jahr 2026. Dabei ist unterstellt, dass die expansive Finanzpolitik im Jahr 2026 die Zuwachsrate um etwa 0,8 Prozentpunkte erhöhen und die höheren US-Zölle die Expansion in diesem und im kommenden Jahr um zusammengekommen 0,3 Prozentpunkte dämpfen werden. Neben der US-Handelspolitik macht den deutschen Exporteuren weiterhin vor allem die deutlich gesunkene Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Die Inflation wird im Jahr 2026 vor allem aufgrund niedrigerer Energiepreise auf 1,6 Prozent zurückgehen, nach 2,2 Prozent im laufenden Jahr. Angesichts der steigenden Einkommen wird der private Konsum in diesem und im kommenden Jahr merklich zulegen, zumal sich die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die niedrigeren Energiepreise erhöht. Die Bruttoanlageinvestitionen werden ihre Talsohle nach Rückgängen in den vergangenen drei Jahren durchschreiten. Neben den wieder günstigeren Finanzierungsbedingungen trägt dazu im kommenden Jahr auch die expansive Finanzpolitik bei. Mit der wirtschaftlichen Belebung wird der Arbeitsmarkt seine Schwächephase im kommenden Jahr überwinden und die Arbeitslosigkeit wieder zurückgehen. Das Finanzierungsdefizit des Staates wird im Jahr 2026 voraussichtlich auf 3,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigen. Für das laufende Jahr zeichnet sich ein Rückgang auf 2,1 Prozent ab (2024: 2,7 Prozent).

Kasten 1: Zu den realwirtschaftlichen Folgen staatlicher Ausgabensteigerungen (S. 14 – 15)

Die Konjunktur findet ihren Boden. Im Großen und Ganzen haben sich die konjunkturellen Aussichten gegenüber unserer Frühjahrsprognose (Boysen-Hogrefe et al. 2025) kaum geändert. So dürfte die dreijährige Wellblechkonjunktur, die insgesamt eine rezessive Phase darstellte, nun überwunden werden und allmählich von einer verhaltenen Erholung abgelöst werden (Abbildung 1). Der kräftiger als erwartet ausgefallene Jahresauftakt der Wirtschaftsleistung war durch Vorzieheffekte im transatlantischen Handel überzeichnet. Auch deshalb dürfte sich im Sommerhalbjahr die konjunkturelle Dynamik zunächst wieder abschwächen, zumal im zweiten Quartal die dämpfenden Effekte der höheren US-Zölle einsetzen. Bedeutsam für eine wieder aufwärts gerichtete Konjunkturtendenz ist nicht zuletzt eine Besserung im Produzierenden Gewerbe. Insgesamt bestätigen die Frühindikatoren unsere Einschätzung, dass die Industrie

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

nach zweijähriger Talfahrt nun – auf niedrigem Niveau – ihren Boden findet, auch wenn die privaten Ausrüstungsinvestitionen zum Jahresauftakt noch leicht rückläufig waren. Die gesamtwirtschaftlich nun wieder aufwärts gerichtete Entwicklung ist im Wesentlichen binnenwirtschaftlich getragen. So steigt der private Konsum nach zweijähriger Durststrecke wieder merklicher, und auch die Unternehmensinvestitionen drehen nach und nach ins Plus. Insgesamt bleibt die privatwirtschaftliche Dynamik aber für eine Erholungsphase sehr verhalten. Stärkere Impulse setzt der Staat, der im kommenden Jahr verstärkt auf seine erweiterten Verschuldungsspielräume zurückgreifen dürfte. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,3 Prozent (2025) und 1,6 Prozent (2026) zulegen. Dies bedeutet gegenüber der Frühjahrsprognose eine leichte Aufwärtsrevision um 0,3 bzw. 0,1 Prozentpunkte. Damit hat auch

unsere Einschätzung weiterhin Bestand, dass die konjunkturellen Spielräume bis zum Ende des Prognosezeitraums ausgeschöpft sind. Mit der dann erreichten Normalauslastung belaufen sich die spannungsfreien jährlichen Expansionsraten auf nur noch 0,3 Prozent. Während sich unsere Prognose für die Kernrate der Verbraucherpreise mit Werten von 2,6 Prozent (2025) und 2,3 Prozent (2026) kaum verändert hat, fällt die Gesamtinflationsrate für das kommende Jahr mit 1,6 Prozent um 0,3 Prozentpunkte niedriger aus, als im Frühjahr veranschlagt worden war (Tabelle 1); dies ist neben einer günstigeren Entwicklung bei den Energierohstoffpreisen maßgeblich den zur Jahreswende erwarteten staatlichen Energiepreisentlastungen geschuldet. Während sich die Arbeitslosigkeit etwas hartnäckiger zeigt, haben sich die Aussichten für die Beschäftigung geringfügig verbessert.

Tabelle 1:**Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung**

	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,3	-0,2	0,3	1,6
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	6,1	3,1	2,5	2,3
Verbraucherpreise	5,9	2,2	2,2	1,6
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	-0,6	-0,1	0,3	0,8
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	46.011	46.081	46.055	46.195
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	6,0	6,3	6,1
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,7	-2,1	-3,5
Schuldenstand	62,9	62,5	62,7	63,9
Leistungsbilanz	5,6	5,7	5,4	4,9
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.				

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Monetäre Rahmenbedingungen

Das Zinsumfeld hat sich seit Jahresbeginn kaum verändert. Die langfristigen Renditen auf Bundesanleihen sind trotz zeitweiser Volatilität nach dem Inaussichtstellen der Grundgesetzänderung und durch Kapriolen der US-Zollpolitik in etwa auf dem Niveau des ersten Quartals des Jahres 2025. Zeitgleich sind die kurzfristigen Renditen zurückgegangen. Insgesamt dürfte dies die Markterwartung widerspiegeln, dass die EZB die Leitzinsen in absehbarer Zeit stärker absenken wird, als noch im Frühjahr erwartet (Gern et al. 2025). Da die sinkenden Kurzfristzinsen in

etwa der Entwicklung von Inflationserwartungen entsprechen, gibt es keine Bewegung der kurzfristigen Realzinsen.

Die steilere Zinsstruktur deutet künftigen Kapitalbedarf an. Während die Bewegung der kurzfristigen Zinsen zunächst sogar für weiter sinkende Leitzinsen spricht, deutet der Umstand, dass die langfristigen Zinsen nicht abwärtsgerichtet sind, darauf hin, dass ein in Zukunft erhöhter Kapitalbedarf antizipiert wird. Dies lässt sich mit den Ankündigungen der Europäischen Union, zusätzliche Defizite für Verteidigungsausgaben zuzulassen, und der Reform der

Finanzverfassung in Deutschland plausibilisieren. Das Finanzierungsumfeld insgesamt dürfte sich daher kaum bessern.

Die Konditionen für Bankkredite wurden im Frühjahr kaum noch verschärft. In der Tendenz haben die Banken ihre Kreditkonditionen seit dem Jahr 2022 verschärft, was weniger auf deren Ertragslage als auf konjunkturelle Erwartungen zurückgehen dürfte. Nachdem im Januar nochmals mehr Banken ihre Konditionen ausweislich des Bank-Lending-Survey der EZB verschärfen als lockern wollten, war der Saldo im April nahezu ausgeglichen. Bei langfristigen Krediten sowie Krediten für große Unternehmen deuten weiterhin etwas mehr Banken eine restriktivere Haltung als eine Lockerung an. Eine ausgeprägte Kehrtwende deutet sich bisher somit nicht an.

Das Kreditgeschäft im Immobilienbereich ist deutlich aufwärtsgerichtet, während Unternehmenskredite bisher weniger Fahrt aufgenommen haben. Nach dem vorläufigen Hochpunkt Anfang 2022 war das Geschäft mit Immobilienkrediten eingebrochen. Im Verlauf des Jahres 2024 setzte nach dem Abflachen der Inflations- und Zinsdynamik eine Erholung ein, die weiter eine hohe Dynamik aufweist. Von den Niveaus vor der Zinswende ist der Umfang des Neugeschäfts aber immer noch weit entfernt. Das Unternehmenskreditgeschäft war hingegen deutlich konstanter. Das Neugeschäft war im April gegenüber dem Vorjahr allerdings auch spürbar aufwärtsgerichtet. Angesichts der Pläne der neuen Bundesregierung, steuerliche Abschreibungen zu beschleunigen, ist hier mit einem weiteren Plus im Prognoseverlauf zu rechnen.

Außenhandel

Der Außenhandel legte im ersten Quartal deutlich zu. Der deutsche Warenhandel zeigte sich im ersten Quartal überraschend robust. Die preisbereinigten Warenaus- und einfuhren legten kräftig um jeweils 3,9 bzw. 1,6 Prozent zu. Auch bei den Ausfuhren von Dienstleistungen waren Zuwächse zu verzeichnen, die mit 1,3 Prozent jedoch verhaltener ausfielen. Zum Anstieg des Warenhandels trugen offenbar Vorzieheffekte im Zuge des von den Vereinigten Staaten losgetretenen Handelskonflikts bei, die sich auch auf Drittländer erstreckten.

Entsprechend schwächer werden freilich die zukünftigen Warenausfuhren ausfallen. Der Anstieg der Warenausfuhren in die Vereinigten Staaten von nominal rund 5 Prozent kann das deutliche Plus der Exporte nur bedingt erklären. Zum Teil dürfte darin auch eine Reaktion auf die merklichen Rückgänge in der zweiten Jahreshälfte 2024 liegen. Trotz des Anstiegs befinden sich die Exporte im Vergleich zum Welthandel weiter auf niedrigem Niveau, was im Einklang mit der laut Umfragen deutlich gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Verarbeitenden Gewerbes steht.

Die Frühindikatoren senden für das laufende Quartal gemischte Signale für die Exporte.

Die Unternehmenszuversicht auf den deutschen Exportmärkten verschlechterte sich im laufenden Quartal noch einmal. Auch die Exporterwartungen deutscher Unternehmen zeigen sich ausweislich von Befragungen durch das ifo Institut weiterhin eingetrübt und erreichten im April einen Wert, der zuvor nur in Krisenzeiten zu verzeichnen war, bevor sie sich im Mai auf ein gleichwohl weiterhin niedriges Niveau erholten. Überdies kam es im laufenden Quartal zu einer deutlichen effektiven Aufwertung des Euro, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Produktion in Deutschland verringerte. Die Auftragseingänge aus dem Ausland hingegen wiesen zuletzt nach oben, und auch der Auftragsbestand aus dem Ausland wurde durch die Unternehmen nach langer Talfahrt zuletzt leicht positiver beurteilt, befindet sich den Umfragen zufolge indes weiter auf niedrigem Niveau. Die Warenexporte für den April lagen leicht oberhalb des Niveaus des ersten Quartals. Vor diesem Hintergrund gehen wir für das laufende Quartal von einer Stagnation der Exporte aus.

Die restriktive Handelspolitik der US-Regierung belastet den deutschen Warenhandel.

Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die höheren US-Zölle die Warenausfuhren drücken. Insbesondere für die Lieferungen in die Vereinigten Staaten erwarten wir deutliche Rückgänge, die sowohl der Höhe der effektiven Zölle als auch der Unsicherheit bezüglich zukünftiger handelspolitischer Maßnahmen der aktuellen US-Regierung geschuldet sind (Caldara et al. 2020; Gern 2025). Auch im Handel mit dem Rest der Welt dürfte die immer stärkere Konkurrenz deutscher Exporteure mit China, die nun durch den

Handelskonflikt der USA und Chinas zusätzlich befeuert wird, die Ausfuhren dämpfen. Bezüglich Art und Umfang der letztendlich weltweit umgesetzten Zölle besteht weiterhin große Unsicherheit. Die Vereinigten Staaten haben die am 23. Mai angedrohten zusätzlichen Zölle auf Einfuhren aus der Europäischen Union in Höhe von 50 Prozent zunächst bis zum 9. Juli verschoben. Angesichts der erratischen US-Handelspolitik behalten wir unsere Annahmen bezüglich der Zölle im Vergleich zur Frühjahrsprognose bei.¹ Im Einklang mit den Ergebnissen von Handelsmodellen (Kiel Institut für Weltwirtschaft 2025) gehen wir davon aus, dass die Exporte durch die handelshemmenden Maßnahmen der Vereinigten Staaten um ca. 0,8 Prozent gedämpft werden. Dieser Effekt wird sich erst nach und nach einstellen, so dass sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr die Zuwachsraten belastet werden. Stabilisierend dürfte die vergleichsweise robuste Weltwirtschaftsleistung wirken (Gern et al. 2025), auch wenn die deutschen Exporteure weiterhin unter der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit leiden. Insgesamt dürften die Exporte im laufenden Jahr um 0,4 Prozent sinken und im Jahr 2026 um 1,2 Prozent zulegen. Für die Einfuhren erwarten wir in Anbetracht der schwachen Konjunktur für das laufende Jahr einen Anstieg von 1,3 Prozent.² Im Jahr 2026 dürften sie mit der einsetzenden wirtschaftlichen Belebung um 2,5 Prozent zulegen.

Die Terms of Trade verschlechterten sich zum Jahresauftakt. Einem Anstieg der Preise für Ausfuhren um 0,8 Prozent stand ein Anstieg jener für Einfuhren um 1,5 Prozent gegenüber. Für das laufende Quartal deuten die monatliche Warenhandelspreise auf eine Umkehr dieser Bewegung hin. Maßgeblich sind die rückläufigen Rohstoffpreise. Hinzu kommt die deutliche

effektive Aufwertung des Euro. Für den weiteren Prognosezeitraum rechnen wir mit keinen größeren Veränderungen der Terms of Trade, die somit weiterhin oberhalb ihres langjährigen Mittels verharren.

Entstehung

Die Wirtschaftsleistung schwenkt allmählich auf einen moderaten Expansionspfad ein. Im ersten Quartal ist das Bruttoinlandsprodukt unerwartet kräftig gestiegen. Dazu beigetragen haben dürften vorgezogene Exporte in die Vereinigten Staaten angesichts drohender Zollerhöhungen. Allerdings lässt sich der Anstieg der Exporte nur zum Teil durch Lieferungen in die Vereinigten Staaten erklären und ist wohl auch Reaktion auf die deutlichen Rückgänge in der zweiten Jahreshälfte des Vorjahres. Zudem legten die Bruttoanlageinvestitionen und privaten Konsumausgaben merklich zu. Die Frühindikatoren legen nahe, dass sich die deutsche Wirtschaft nach nunmehr drei Jahren der Wellblechkonjunktur, bei der sich Anstiege und Rückgänge des Bruttoinlandsprodukts abwechseln, gefangen hat. Dafür spricht das bereits seit fünf Monaten aufwärtsgerichtete Geschäftsklima bei den Unternehmen. Jedoch wird die deutsche Wirtschaft das hohe Expansionstempo des Auftaktquartals nicht halten können und zunächst kaum mehr als stagnieren. So beurteilen die Einkaufsmanager ihre Geschäfte im zweiten Quartal bislang verhalten. Zudem werden die vorgezogenen Exporte in die Vereinigten Staaten zukünftig negativ zu Buche schlagen und sich die im April spürbar erhöhten US-Zölle zunehmend bemerkbar machen. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,1 Prozent im zweiten Quartal. Gegen Ende des Jahres dürfte die Wirtschaftsleistung auf einen

¹ Konkret nehmen wir an, dass die Vereinigten Staaten die effektiven Zölle auf Einfuhren aus der Europäischen Union bis zum Ende des Prognosezeitraum um 10 Prozentpunkte erhöht bleiben und keine Vergeltungszölle durch die EU verhängt werden.

² Im April sind die Wareneinfuhren nominal deutlich gestiegen. Preisbereinigt lagen sie im April weit über dem Niveau des ersten Quartals, was für sich genommen für einen kräftigen Anstieg der Importe im zweiten Quartal spräche. Allerdings deuten aussagekräftige Frühindikatoren für das Bruttoinlandsprodukt oder andere Verwendungskomponenten auf eine eher moderate Entwicklung im zweiten Quartal hin, so dass

von dieser Seite her der Bedarf an Importen gering ist. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass es sich bei dem Aprilwert um einen Ausreißer handelt und die Importe im zweiten Quartal insgesamt kaum steigen werden. Sollten die Importe im zweiten Quartal deutlich steigen, so spricht die Gesamtschau der Frühindikatoren dafür, dass es gleichzeitig zu einem kräftigen Anstieg der Vorratsveränderungen kommen würde und sich diese beiden Effekte in der Verwendungsrechnung in etwa die Waage halten würden. Das Gesamtbild für diese Prognose würde sich dadurch nicht ändern.

Expansionskurs einschwenken. So haben sich zuletzt die Zeichen gemehrt, dass das Produzierende Gewerbe seine Talsohle durchschritten hat und die Kaufkraftgewinne der privaten Haushalte die wirtschaftliche Aktivität in den konsumnahen Branchen anregen. Gegen eine hohe wirtschaftliche Dynamik spricht jedoch, dass die Wirtschaft offenbar vor allem durch strukturelle Probleme gebremst wird. Dies zeigt sich beispielsweise an der in den vergangenen Jahren deutlich abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der im internationalen Vergleich schwachen Entwicklung der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Entsprechend bewegen sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen trotz der jüngsten Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Ein großer Unsicherheitsfaktor bleibt die sprunghafte Handelspolitik der Vereinigten Staaten. Für diese Prognose ist unterstellt, dass das Bruttoinlandsprodukt durch höhere US-Zölle um insgesamt etwa 0,3 Prozent gedämpft und sich dieser Effekt bei den Zuwachsraten bis zum vierten Quartal bemerkbar machen wird. Wir rechnen damit, dass die vorläufige Haushaltsführung des Bundes die staatlichen Konsumausgaben vorerst bremsen und es erst im vierten Quartal zu einem kräftigen Nachholeffekt kommen wird.

Im Jahr 2026 wird die expansive Finanzpolitik die Wirtschaftsleistung anschieben. Mit der gelockerten Schuldenbremse und dem neuen Sondervermögen für Infrastruktur stehen Bund und Ländern deutlich höhere finanzpolitische Spielräume zur Verfügung. Unter der Annahme eines Anstiegs der Verteidigungsausgaben in Richtung 3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und eines relativ gleichmäßigen Mittelabflusses aus dem Sondervermögen für Infrastruktur erhöhen sich die jährlichen Spielräume um etwa 3¼ Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Freilich wird es aufgrund von Planungs- und Umsetzungsfristen einige Zeit benötigen, bevor diese zusätzlichen Ausgabenspielräume voll ausgeschöpft werden können. Für diese Prognose rechnen wir mit einem zusätzlichen finanzpolitischen Impuls von etwa 1¼ Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 2026. Zu den realwirtschaft-

lichen Auswirkungen öffentlicher Ausgabensteigerungen liegen zahlreiche Studien vor, die eine große Bandbreite möglicher Effekten zum Ergebnis haben (Kasten 1). Ein zentraler Einflussfaktor für die Auswirkungen ist die Kapazitätsauslastung. So ist es plausibel, dass die Wirkung auf die Wirtschaftsleistung bei niedriger gesamtwirtschaftlicher Auslastung größer ist, da dann weniger andere wirtschaftliche Aktivitäten verdrängt werden. Die derzeit niedrige gesamtwirtschaftliche Auslastung würde demzufolge für eher größere Effekte sprechen. Allerdings ist die Auslastung – ebenso wie die Auftragslage – im Tiefbau, der im Wesentlichen öffentliche Bauvorhaben abdeckt, deutlich höher als im Baugewerbe insgesamt. Zudem spricht vieles dafür, dass die Auslastung in der Rüstungsindustrie derzeit ausgesprochen hoch ist, auch wenn konkrete Informationen dazu eher spärlich gesät sind. Schließlich gibt es Hinweise darauf, dass die realwirtschaftlichen Effekte von expansiven (Barnichon et al. 2023) und eher größeren (German and Karamysheva 2022) finanzpolitischen Impulsen tendenziell geringer sind. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass die zusätzlichen finanzpolitischen Impulse die Wirtschaftsleistung im Jahr 2026 um etwa 0,8 Prozent erhöhen werden. Dieser Effekt liegt im Rahmen der in wissenschaftlichen Studien ermittelten zentralen Bandbreite von Fiskalmultiplikatoren (Ramey 2019). Mit dem absehbaren finanzpolitischen Impuls wird sich die konjunkturelle Erholung beschleunigen, so dass die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten gegen Ende des Jahres 2026 wohl wieder im Großen und Ganzen normal ausgelastet und die Produktionslücke somit in etwa geschlossen sein werden.

Das Verarbeitende Gewerbe hat sich stabilisiert, durch die höheren US-Zölle droht aber der nächste Rückschlag. Im ersten Quartal ist die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe das erste Mal seit zwei Jahren wieder gestiegen. Dazu dürften zwar auch vorgezogene Exporte in die Vereinigten Staaten beigetragen haben. Allerdings hatten sich die Auftragseingänge zuletzt – bei großen Ausschlägen – im Monatsverlauf stabilisiert und deuten darauf hin, dass sich die Industrieproduktion fangen wird.³

³ Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe entwickelt sich bereits seit geraumer Zeit in der Tendenz günstiger als die Industrieproduktion. Ein

wesentlicher Grund dafür dürfte sein, dass die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ihren

In den kommenden Quartalen dürfte die Aktivität im Verarbeitenden Gewerbe jedoch durch die US-Handelspolitik gedämpft werden. Zum einen wurde Produktion in Erwartung höherer US-Zölle vorgezogen. Zum anderen sind die Zölle für Exporte in die Vereinigten Staaten seit April deutlich erhöht worden, wodurch auch die Produktion von Vorleistungen für andere Lieferländer belastet wird. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im weiteren Verlauf des Jahres kaum mehr als stagnieren wird. Das Niedrigwasser im Rhein dürfte die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im zweiten Quartal nur leicht gedämpft haben.⁴ Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung mit der vergleichsweise robusten Weltkonjunktur etwas anziehen, zumal sich dann auch die Impulse seitens der expansiven Finanzpolitik zunehmend bemerkbar machen werden.

Heimische Absorption

Die privaten Konsumausgaben sind im ersten Quartal recht kräftig gestiegen. Insgesamt ist der private Konsum seit nunmehr vier Quartalen in Folge ausgeweitet worden. Der deutliche Anstieg der real verfügbaren Einkommen im vergangenen Jahr – der vor allem Folge der verzögerten Reaktion der Löhne und Gehälter auf die zuvor hohe Inflation und staatlicher Leistungen zum Abfedern der inflationsbedingten Kaufkraftverluste war – hat sich damit wie erwartet allmählich bei den privaten Konsumausgaben bemerkbar macht. Der Anstieg im ersten Quartal fiel mit 0,5 Prozent dennoch unerwartet kräftig aus. Er ging einher mit einem deutlichen Rückgang der Sparquote um rund 1 Prozentpunkt. Zur rückläufigen Sparquote beigetragen haben könnte, dass die Einkommensanstiege des Vorjahres erst nach und nach in den Konsum fließen, auch weil sie zum Teil als Einmalzahlungen

erfolgten. Ein so deutlicher Rücksetzer der Sparquote war freilich nicht absehbar, zumal sich das Konsumklima im ersten Quartal sogar auf ohnehin niedrigem Niveau wieder eingetrübt hatte. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass die Sparquote wieder etwas steigen wird. Insgesamt nehmen wir aber an, dass sie mit einem Niveau von knapp 11 Prozent im Jahr 2026 etwas niedriger sein wird als in unserer Frühjahrsprognose unterstellt.

Der private Konsum verliert zunächst an Fahrt. Nach dem deutlichen Anstieg zum Jahresauftakt wird der private Konsum im Verlauf des Jahres wohl zunächst wieder eine deutlich langsamere Gangart einschlagen. Dafür spricht neben den verhaltenen Einzelhandelsumsätzen im April und dem nach wie vor eingetrübten Konsumklima auch der im laufenden Jahr voraussichtlich nur mäßige Anstieg der real verfügbaren Einkommen. Maßgeblich ist, dass die Lohnsumme nach den zwischenzeitlich inflationsbedingt kräftigen Anstiegen nun wieder deutlich langsamer zunehmen wird. In diesem Jahr wird der Anstieg der Nettolöhne und -gehälter zudem durch den Wegfall der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien und den starken Anstieg der Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung gebremst. Erst im kommenden Jahr dürften die real verfügbaren Einkommen mit reichlich 1 Prozent wieder stärker expandieren, auch weil der Preisauftrieb für Konsumgüter wohl merklich nachlässt. In diesem Zuge wird der private Konsum im Quartalsverlauf voraussichtlich etwas stärker anziehen. Aufgrund des guten Jahresauftakts rechnen wir für das laufende und das kommende Jahr im Jahresdurchschnitt jedoch mit ähnlichen Zuwachsraten von jeweils rund 1 Prozent.

Staatliche Impulse und steuerliche Anreize stützen die Ausrüstungsinvestitionen, doch strukturelle Hürden bleiben. Die Ausrüstungs-

Wertschöpfungsanteil von Dienstleistungen, die nicht in der Industrieproduktion erfasst werden, sukzessive erhöht haben (Lehmann und Wollmershäuser 2024). Sofern sich dieser Trend fortsetzt, würde die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe selbst bei stagnierender Industrieproduktion zulegen.

⁴ Niedrige Wasserstände, die den Schifffahrtsverkehr einschränken, können die industrielle Produktion grundsätzlich sichtbar belasten, so wie es beispielsweise in der extremen Niedrigwasserphase im Jahr

2018 zu beobachten war (Ademmer et al. 2019). Im April dürften die negativen Effekte jedoch deutlich geringer ausgefallen sein. So wurden die kritischen Pegelstände, ab denen die Schifffahrt massiv behindert wird, nur an einigen Tagen unterschritten. Zudem sind Produktionsniveau und Kapazitätsauslastung in der Industrie derzeit ohnehin gering. Schließlich dürften die Unternehmen ihre Lieferketten gegenüber Einschränkungen der Binnenschifffahrt robuster ausgerichtet haben.

investitionen stiegen zu Jahresbeginn um 0,7 Prozent. Maßgeblich hierfür war ein starker Anstieg der staatlichen Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge (+9,8 Prozent), zu dem das Sondervermögen Bundeswehr beigetragen haben dürfte. Demgegenüber waren die privaten Ausrüstungsinvestitionen leicht rückläufig (–0,5 Prozent). Die schwache gesamtwirtschaftliche Auslastung dämpft weiterhin die Investitionstätigkeit. Ferner belastet die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit das Investitionsumfeld der Unternehmen (Baker et al. 2016, DIHK 2025). Für das zweite Quartal erwarten wir einen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 0,7 Prozent. So dürften die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen – angesichts der kräftigen Zuwächse in den vorangegangenen Quartalen – wieder sinken. Gleichzeitig deuten die Frühindikatoren auf keine größere Veränderung der privaten Ausrüstungsinvestitionen hin: Zwar berichten Unternehmen in Umfragen von steigender Produktion, das Geschäftsklima der Investitionsgüterhersteller stagnierte ausweislich der vorliegenden Monatswerte jedoch im zweiten Quartal. Auch im weiteren Jahresverlauf dürften die privaten Ausrüstungsinvestitionen nur moderat zunehmen. Hierauf deuten die Auftragseingänge aus dem Inland, die sich – bereinigt um Großaufträge – seit Beginn des Jahres 2024 seitwärts bewegen. Etwa um den Jahreswechsel erwarten wir eine zunehmende Dynamik. So dürften die privaten Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge, gestützt durch die konjunkturelle Erholung und die expansivere Finanzpolitik, dann deutlich an Fahrt gewinnen. Zusätzlich dürften die neuen steuerlichen Abschreibungsregelungen auf Ausrüstungs-

investitionen („Investitionsbooster“) stimulierend wirken.⁵ Vor allem kleine Unternehmen und solche mit hohem Kapitalbedarf könnten davon profitieren (Zwick und Mahon 2017). Jedoch ist nicht zu erwarten, dass strukturelle Investitionshemmnisse sowie die hohe politische Unsicherheit durch die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten vollständig kompensiert werden. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2025 um 1 Prozent abnehmen. Für das Jahr 2026 erwarten wir einen Anstieg um 4,7 Prozent.

Nach dem Tiefpunkt im Vorjahr legen die Bauinvestitionen wieder zu. Die Bauinvestitionen wurden im ersten Quartal um 0,5 Prozent ausgeweitet. Während die Investitionen in Wohnbauten (+0,9 Prozent) und staatliche Nichtwohnbauten (+1,3 Prozent) stiegen, war der Wirtschaftsbau rückläufig (–0,9 Prozent). Frühindikatoren deuten für das zweite Quartal auf einen erneuten Anstieg der Bauinvestitionen. So ist die in Umfragen ermittelte Kapazitätsauslastung der Bauunternehmen ausweislich der vorliegenden Monatswerte gestiegen. Auch das verbesserte Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe sowie die Produktion im Baugewerbe, die im April über dem Niveau des Vorquartals lag, sprechen für eine moderate Zunahme. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen im zweiten Quartal um 0,6 Prozent zulegen. Zuletzt haben sich die Anzeichen verdichtet, dass die Bauinvestitionen ihre Talsohle durchschritten haben und auch im weiteren Jahresverlauf weiter steigen werden. Während das Auftragsvolumen im Tiefbau auf hohem Niveau verharrt, stiegen infolge in der Tendenz verbesserter Finanzierungsbedingungen sowohl das Neukredit-

⁵ Die Bundesregierung plant eine Erhöhung der degressiven Abschreibungsrate auf 30 Prozent für drei Jahre bis ins Jahr 2027. Zudem soll die Abschreibung von E-Fahrzeugen bis zu einem Wert von 100 000 Euro im ersten Jahr auf 75 Prozent erhöht werden. Verschiedenen Studien zufolge hat dies grundsätzlich stimulierende Effekte. So finden Zwick und Mahon (2017) sowie Ohrn (2019) für die „100% bonus depreciation“ in den USA signifikant positive Effekte auf die Investitionen, die zwischen 10 und 18 Prozent liegen. Dorn et al. (2021) zeigen in einer Simulation auf Basis eines Computable General Equilibrium-Modells für Deutschland, dass eine Erhöhung der Abschreibungsrate von 10 auf 25 Prozent zu einem Anstieg der Investitionen um rund 5 Prozent führt. MacPhail et al. (2017) sowie Hulse und Livingstone (2010) finden

hingegen nur schwach positive Effekte, die entweder nicht robust sind oder nicht signifikant von Null abweichen. Die unterschiedlichen Ergebnisse dürften nicht zuletzt auf heterogene Reaktionen der Unternehmen zurückzuführen sein. Damit Unternehmen auf eine Erhöhung der Abschreibungsrate reagieren, müssen sie unmittelbar profitieren: Unternehmen, die keine Gewinne erwirtschaften und somit keinen Steuervorteil realisieren können, reagieren nicht auf die Änderung der Abschreibungssätze (Zwick und Mahon 2017). Die derzeit insgesamt ungünstigen Rahmenbedingungen für Investitionen sprechen eher für niedrigere Effekte. Vor diesem Hintergrund rechnen wir in dieser Prognose mit einem Effekt von 2 Prozent auf die Ausrüstungsinvestitionen bis Ende des Jahres 2026.

volumen als auch die Auftragseingänge im Wohnungsbau. Die aufwärtsgerichteten Baugenehmigungen deuten zudem darauf hin, dass sich dieser positive Trend auch über das Jahresende hinaus fortsetzen wird. Im Jahr 2026 wird zudem die öffentliche Bautätigkeit angesichts der neuen Kreditspielräume voraussichtlich kräftig ausgeweitet werden. Einem stärkeren Anstieg entgegenwirken dürfte, dass die Auslastung im Tiefbau, der zu einem Gutteil öffentliche Aufträge abwickelt, nicht so niedrig ist wie in den anderen Bausparten, so dass hier relativ rasch Kapazitätsengpässe auftreten könnten. Alles in allem erwarten wir für das Jahr 2025 einen Anstieg der Bauinvestitionen um 1 Prozent. Im Jahr 2026 dürften die Bauinvestitionen um 3 Prozent ausgeweitet werden.

Die Investitionen in sonstige Anlagen bleiben robust aufwärtsgerichtet. Diese umfassen im Wesentlichen Ausgaben für Software sowie Forschung und Entwicklung und wurden im ersten Quartal um 2 Prozent ausgeweitet. Im Prognosezeitraum dürften die Investitionen in sonstige Anlagen, auch gestützt durch zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hand und eine Ausweitung der Forschungsförderung, weiter kräftig zunehmen. Für die Jahre 2025 und 2026 erwarten wir Zuwächse von 3,4 bzw. 4,1 Prozent.

Verbraucherpreise

Die Inflation hat sich bei 2 Prozent eingependelt. Die Verbraucherpreisinflation bewegt sich seit etwa einem Jahr in der Nähe von 2 Prozent. Größere kurzfristige Schwankungen wurden vor allem von den Energiepreisen verursacht. Abgesehen von Energie stiegen die Preise gegenüber dem Vorjahr in diesem Zeitraum in einer Bandbreite von 2,5 bis 3 Prozent (Kernrate). Besonders deutlich stiegen die Dienstleistungspreise (ohne Mieten). Während der zwischenzeitlich hohen Inflation haben sich die Relativpreise der Dienstleistungen deutlich verschlechtert, da sich ihre Preise in der Regel eher träge anpassen. Zuletzt haben sie sich ihrer ursprünglichen

Relativpreisposition gegenüber anderen Gütern wieder deutlich angenähert. Die Energiepreise sind bereits seit rund 1,5 Jahren ausgehend von einem hohen Niveau in der Tendenz abwärtsgerichtet. Zuletzt haben sich die Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahr wieder beschleunigt. Maßgeblich dafür war der Rückgang der Ölpreise, der sich rasch bei den Kraftstoffpreisen bemerkbar gemacht hat. Zudem hat der Euro deutlich aufgewertet. Ausweislich von Terminmarktnotierungen zeichnen sich im Vergleich zum Frühjahr nun deutlich niedrigere Rohstoffpreise für den Prognosezeitraum ab. Für Rohöl rechnen wir im Vergleich zum Frühjahr mit rund 10 Prozent niedrigeren Preisen von 66,4 US-Dollar je Barrel im laufenden Jahr und 63,4 US-Dollar je Barrel im Jahr 2026.⁶ Vor diesem Hintergrund gehen wir nun von Rückgängen der Energiepreise von 1,9 Prozent (Frühjahr: -2,9 Prozent) für dieses und 5,9 Prozent (Frühjahr: -1,7 Prozent) für das Jahr 2026 aus. Im Jahr 2026 wäre Energie dann trotz der Rückgänge immer noch um rund 35 Prozent teurer als im Jahr 2020. Für die Prognose ist unterstellt, dass die Strompreise seitens der staatlichen Preisbestandteile ab Anfang 2026 für sich genommen um 5 Cent je kWh gesenkt werden. Dadurch wird die Inflationsrate rein rechnerisch im kommenden Jahr um rund 0,3 Prozentpunkte gedämpft. In unserer Frühjahrsprognose hatten wir angenommen, dass die entsprechenden Maßnahmen bereits Mitte des laufenden Jahres eingeführt werden.

Die Kerninflation bleibt erhöht. Zuletzt hat sich der Preisauftrieb bei den Dienstleistungen in der Tendenz etwas abgeschwächt. Mit der zunehmenden Normalisierung der Relativpreise dürfte sich diese Entwicklung zwar zunächst fortsetzen. Im Zuge der wieder anziehenden Konjunktur wird die Kernrate jedoch voraussichtlich nicht weiter zurückgehen. Die Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie – mit der wir für Anfang des kommenden Jahres rechnen – wird wohl nur einen geringen Effekt auf die Verbraucherpreise insgesamt haben.⁷ Die höheren US-

⁶ Bei Gas rechnen wir nun mit Preisen von 38,6 Euro je MWh (Frühjahr: 52,0) für das laufende Jahr und 33,8 Euro je MWh (41,6) für das Jahr 2026; Strom dürfte sich im laufenden und kommenden Jahr auf 90,6 Euro je MWh (Frühjahr: 96,1) bzw. 78,5 Euro je MWh (83,0) ermäßigen.

⁷ Bei voller Weitergabe würde sich rein rechnerisch ein Effekt von etwa 0,4 Prozent auf die Verbraucherpreise insgesamt ergeben. Änderungen bei der Mehrwertsteuer werden zwar mitunter zu größeren Teilen an die Verbraucher weitergegeben (Beck et al. 2021).

Zölle dürften, sofern ihnen – wie für diese Prognose unterstellt – nicht durch umfangreiche Zollerhöhungen seitens der Europäischen Union begegnet wird, eher preisdämpfende Effekte haben. So werden Waren, die bislang in die Vereinigten Staaten geliefert wurden, zukünftig auf anderen Absatzmärkten angeboten werden und dort die Preise drücken. Diese Effekte könnten vor allem dann sichtbar werden, wenn die US-Zölle insbesondere für Einfuhren aus China drastisch angehoben werden (Hinz et al. 2025). Preisdämpfenden Effekten entgegen wirken würde eine Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, die aus theoretischer Sicht bei einseitig erhöhten Zöllen zu erwarten wäre; freilich wurde dieser Effekt auf die Wechselkurse zuletzt durch andere Einflussfaktoren überlagert. Für diese Prognose sind keine größeren preisdämpfenden Effekte seitens der US-Handelspolitik unterstellt. Vor diesem Hintergrund rechnen wir mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2 Prozent für dieses und 1,6 Prozent für das kommende Jahr. Die Kernrate wird voraussichtlich bei 2,6 Prozent (2025) bzw. 2,3 Prozent (2026) liegen.

Arbeitsmarkt

Die Lohnzuwächse fallen deutlich geringer aus als in den vergangenen Jahren. Nachdem die Tarifverdienste ausweislich der Statistik der Deutschen Bundesbank im Jahr 2024 um durchschnittlich 6,1 Prozent zugelegt hatten, lagen sie im ersten Quartal des laufenden Jahres nur um 0,9 Prozent höher als im Vorjahresquartal. Maßgeblich war der Wegfall der Inflationsausgleichsprämien, insbesondere in der Metall- und Elektroindustrie und im öffentlichen Dienst der Länder. Die tabellenwirksamen Leistungen (d.h. ohne Einmalzahlungen) stiegen im ersten Quartal hingegen weiter kräftig um durchschnittlich 6,6 Prozent. In allen großen Tarifbereichen stehen die Tarifverträge für das laufende Jahr und teilweise auch schon für das kommende Jahr

fest. Wir erwarten vor diesem Hintergrund einen Anstieg der Tarifverdienste insgesamt von 3,1 Prozent für das Jahr 2025 und von 3,2 Prozent für das Jahr 2026. Der Wegfall der Inflationsausgleichsprämien beeinflusst die Tarifverdienstentwicklung nur im laufenden Jahr, im kommenden Jahr entspricht der Anstieg der Tarifverdienste insgesamt weitgehend dem Anstieg der tabellenwirksamen Leistungen. Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) verlangsamten sich zum Jahresauftakt zwar ebenfalls, allerdings weitaus weniger ausgeprägt als die Tarifverdienste. Im ersten Quartal lagen die Effektivverdienste um 3,9 Prozent über dem Vorjahresquartal. Dies spricht für sich genommen dafür, dass die Inflationsausgleichsprämien bei tarifgebundenen Arbeitnehmern eine wichtigere Rolle spielten als bei nicht-tarifgebundenen Arbeitnehmern.⁸ Für das Gesamtjahr 2025 rechnen wir mit einem Zuwachs der Effektivverdienste um 3,2 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte der Zuwachs in einer ähnlichen Größenordnung liegen. Die Belebung der wirtschaftlichen Aktivität dürfte erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung zu nennenswert höheren Lohnzuwächsen führen. Aufgrund des weiterhin hohen und sich voraussichtlich wieder verschärfenden Arbeitskräftemangels bleiben die Lohnzuwächse allerdings im langjährigen Vergleich überdurchschnittlich hoch.

Eine Erholung am Arbeitsmarkt zeichnet sich erst für das kommende Jahr ab. Nachdem die Zahl der Erwerbstätigen zwischen Mai und September des vergangenen Jahres saisonbereinigt um 81 000 Personen gesunken war, stagnierte sie seitdem bis einschließlich April (jüngster Wert). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit setzte sich derweil unvermindert fort. Im Mai waren saisonbereinigt 2,96 Mill. Personen (Quote: 6,3 Prozent) als arbeitslos registriert. Damit hat die Arbeitslosigkeit seit Sommer 2022 um rund 470 000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen mit ukrainischer Staatsangehörig-

Allerdings hängt die Weitergabe nicht zuletzt an der jeweiligen Ausgestaltung der Mehrwertsteueränderung (Benedek et al. 2024). In Frankreich wurde beispielsweise eine deutliche Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie nur zum Teil an die Verbraucher weitergegeben (Benzarti and Carloni 2019). Zudem gibt es Hinweise darauf, dass generell Mehrwertsteuererhöhungen stärker in die Preise überwälzt werden als

Senkungen (Benzarti et al. 2020). Insgesamt rechnen wir für diese Prognose mit einem dämpfenden Effekt von 0,1 Prozent auf den Verbraucherpreisindex.

⁸ Hierzu passen die Befragungsergebnisse von Behringer und Dullien (2024) und von Beznoska und Hentze (2024).

keit ist im gleichen Zeitraum im Großen und Ganzen konstant geblieben. Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt haben sich auf niedrigem Niveau zum Teil aufgehellt. So ist die Einstellungsbereitschaft in der Privatwirtschaft laut ifo Beschäftigungsbarometer im April und Mai recht deutlich gestiegen. Die lokalen Arbeitsagenturen erwarten laut IAB-Arbeitsmarktbarometer für die kommenden Monate allerdings nach wie vor Anstiege bei der Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für den weiteren Verlauf dieses Jahres damit, dass die Arbeitslosigkeit bei stagnierender Erwerbstätigkeit weiter steigt. Aufgrund der Belebung der wirtschaftlichen Aktivität dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des kommenden Jahres sinken und die Erwerbstätigkeit zulegen. Alles in allem erwarten wir, dass die Arbeitslosenquote von 6 Prozent (2024) auf 6,3 Prozent (2025) steigt, bevor sie auf 6,1 Prozent (2026) zurückgeht.

Öffentliche Finanzen

Die expansive Finanzpolitik macht im Jahr 2025 eine kurze Verschnaufpause und startet im Jahr 2026 durch. Durch den Wegfall der Inflationsausgleichsprämien und ein deutliches Plus bei den Beitragssätzen bei Pflege und Gesundheit ist die Finanzpolitik zunächst restriktiv ausgerichtet, auch wenn bereits der „Investitionsbooster“ ab der zweiten Jahreshälfte eingeführt werden soll. Die Konsolidierung erfolgt dabei insgesamt auf der Einnahmeseite. Die neuen finanzpolitischen Möglichkeiten der Grundgesetzänderung vom März 2025 haben den Weg für einen Schwenk zu einem deutlich expansiven Kurs im Jahr 2026 gebahnt. Wir rechnen mit einem kräftigen Anstieg der investiven Ausgaben sowie der Verteidigungsausgaben und mit der Umsetzung mehrerer Maßnahmen aus dem Sofortprogramm wie der Senkung von Stromsteuer und Netzentgelten, der Absenkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie, der Anhebung der Mütterrente sowie einer Ausweitung der Pendlerpauschale und der Einführung der Aktivrente. Insgesamt dürfte der Impuls, der im Zuge der neuen Finanzverfassung ausgelöst wird, im kommenden Jahr rund 1¼ Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukts ausmachen; in unserer Frühjahrsprognose waren wir von einem Impuls von 1 Prozent ausgegangen. Maßgeblich für die Neubewertung ist, dass inzwischen die

Änderungen der Finanzverfassung ausformuliert sind und nun Spielräume absehbar sind, z.B. durch die Aufstockung des Klima- und Transformationsfonds, die nicht nur in Investitionen fließen, sondern auch in Subventionen oder Steuerensenkungen. Letzter dürften deutlich schneller Budgetwirkung entfalten als Ausgaben für die beiden erstgenannten Kategorien.

Die Einnahmen des Staates legen im Jahr 2025 mit hohem Tempo zu. Maßgeblich sind insbesondere die Sozialversicherungsbeiträge, die vom Wegfall der Inflationsausgleichsprämien und von Beitragssatzanhebungen zu Beginn des Jahres profitieren. Die Steuereinnahmen insgesamt steigen ähnlich stark wie im Vorjahr. Während die Lohnsteuer vom Wegfall der Inflationsausgleichsprämie Impulse erhält und die Abgeltungsteuer infolge immer noch aufwärtsgerichteter durchschnittlicher Verzinsungen langfristiger Sparverträge nochmals deutlich im Plus ist, tendieren die Einnahmen aus Unternehmenssteuern zur Schwäche. Ein deutliches Plus weisen die empfangenen Vermögensübertragungen auf. Zwar lassen die Zahlungen der EU im Zuge des NextGenerationEU-Programms nach, doch gab es einen außergewöhnlichen Erbschaftsteuerfall in Bayern, der das Aggregat treibt (in den VGR gilt die Erbschaftsteuer als Vermögensübertragung). Bei den Vermögenseinkommen des Staates deutet sich eine spürbare Verlangsamung an, ebenso bei den Verkäufen, deren Plus im Jahr 2024 allerdings von höheren Lkw-Mautsätzen gekennzeichnet war. Die Dynamik der Verkäufe dürfte aber weiter hoch bleiben, da wohl viele Kommunen Gebühren anheben werden, um der schlechten Kassenlage zu begegnen. Insgesamt steigen die Einnahmen des Staates merklich schneller als das nominale Bruttoinlandsprodukt.

Die Ausgaben des Staates verlieren nur wenig an Fahrt. Die Vorleistungskäufe dürften nach einem starken Plus im Vorjahr kaum mehr als stagnieren. Zum einen findet eine Normalisierung statt, zum anderen dürften durch die länger andauernde vorläufige Haushaltsführung des Bundes einige Käufe unterbleiben. Deutlich weniger stark legen auch die Arbeitnehmerentgelte zu, die allerdings im Vorjahr von Einmalzahlungen der Inflationsausgleichsprämie überzeichnet waren. Nur wenig schwächer und immer noch mit einem hohen Tempo dürften die

sozialen Sachleistungen und die monetären Sozialleistungen ausgeweitet werden. Bei Letzteren macht sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die zunehmende Zahl der Rentenempfänger bemerkbar. Die Dynamik der Bruttoinvestitionen ist weiterhin sehr hoch. Zwar werden die Bauinvestitionen der Kommunen voraussichtlich wie auch im Vorjahr kaum ausgeweitet werden, doch dürften Ausgaben für die Bahn und aus dem Sondervermögen Bundeswehr weiter lebhaft expandieren. Deutlich im Minus sind hingegen die geleisteten Vermögenstransfers, die im Vorjahr allerdings durch einen Einmaleffekt überzeichnet waren. Insgesamt steigen die Ausgaben schneller als das nominale Bruttoinlandsprodukt, bleiben aber hinter dem Einnahmeplus zurück, so dass der Fehlbetrag der öffentlichen Hand merklich sinkt.

Im Jahr 2026 nehmen die Einnahmen des Staates spürbar langsamer zu. Die geringere Lohndynamik mindert das Plus der Sozialversicherungsbeiträge. Zudem dürfte der Anstieg der Beitragssätze geringer ausfallen als im Vorjahr. Die Steuereinnahmen werden durch die deutliche Reduktion der Stromsteuer, neue Abschreibungsregeln und den geringeren Umsatzsteuersatz in der Gastronomie gedämpft. Die Steuerquote dürfte erstmals seit dem Jahr 2023 wieder sinken. Die sonstigen Einnahmen des Staates werden wohl ebenfalls an Fahrt verlieren. Zum einen mindern die neuen Verschuldungsmöglichkeiten den Konsolidierungsdruck, zum anderen dürfte das außergewöhnliche Plus bei der Erbschaftsteuer im Jahr 2025 zu einem Rückprall 2026 führen.

Die neue Finanzverfassung ermöglicht 2026 einen kräftigen Ausgabenschub. Auch wenn durch Planungs- und Beschaffungsverfahren die Umsetzung Zeit bedarf, dürfte es im Jahr 2026 erstmals spürbare Effekte bei Vorleistungskäufen und Bruttoinvestitionen durch die neuen Sondervermögen geben. Deutlich im Plus dürften wegen des Eingriffs in die Netzentgelte auch die Subventionen sein. Zugleich steigen wohl auch die Vermögensübertragungen wieder spürbar, da hier ein Großteil der investiven Ausgaben der öffentlichen Hand, die von Privaten umgesetzt werden, ihre Entsprechung in den VGR finden. Angesichts der sinkenden Lohn- und Preisdynamik werden hingegen Arbeitnehmerentgelte und soziale Sachleistungen etwas

an Fahrt verlieren. Das bereits im Vorjahr gesunkene Lohnplus und die Kehrtwende bei der Arbeitslosigkeit dürften den Aufwuchs der monetären Sozialleistungen, der freilich von der Ausweitung der Mütterrente gestützt wird, mindern. Insgesamt steigen die Ausgaben des Staates aber wohl im hohen Tempo und dürften über 51 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen. Das Finanzierungsdefizit wird wohl spürbar auf 3,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigen.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Die handelspolitischen Risiken bleiben vorerst beträchtlich. Die erratische Zollpolitik der Vereinigten Staaten erhöht weiterhin die Unsicherheit für die deutsche Außenwirtschaft. Das in dieser Prognose unterstellte Szenario stützt sich auf die Einschätzung, dass die mit einer protektionistischen Eskalation verbundenen erheblichen Schäden vor allem die ökonomischen Akteure in den Vereinigten Staaten selbst treffen würde und sich daher nicht zuletzt dort ein entsprechender Widerstand bilden dürfte. Es bleibt abzuwarten, inwieweit das Vorpreschen mit hohen Zollankündigungen, die alsbald wieder ausgesetzt werden, nur ein verhandlungstaktisches Manöver darstellt oder ob die US-Regierung die heimische Wirtschaft tatsächlich dauerhaft mit hohen Zollmauern abzuschirmen trachtet. Die in dieser Prognose weiterhin unterstellte Anhebung der effektiven Zollsätze um 10 Prozentpunkte stellt diesbezüglich einen Mittelweg dar. Sollte es im transatlantischen Verhältnis zu einer Entspannung in Handelsfragen kommen, liegt darin ein entsprechendes Aufwärtsrisiko für die Prognose. Die handelspolitisch erzeugte Unsicherheit beschädigt für sich genommen bereits unmittelbar die Attraktivität der Vereinigten Staaten als Investitionsstandort und konterkariert somit zentrale Ziele der dortigen Regierungsgenda. Dies spricht dafür, dass die Vereinigten Staaten mit der übrigen Welt keinen auf Dauer angelegten Zollkonflikt anstreben, sondern sich die Verhältnisse in naher Zukunft klären. Zwar verbessert das bislang erratische Agieren der neuen US-Regierung mit Blick auf die Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik für sich genommen die relative Qualität anderer Standorte. Diesem Vorteil stehen indes die Nachteile gegenüber, die sich aus konfliktträchtigeren Beziehungen

mit einem der wichtigsten Handelspartner ergeben. Zudem kann sich der relative Vorteil bei einer Korrektur der US-Politik rasch als flüchtig erweisen. Insgesamt stellt dies somit keinerlei Grund dar, mit Blick auf die Standortfaktoren, die die heimische Wirtschaftspolitik selbst in der Hand hat, weniger ambitioniert zu sein.

Potenzialstärkende Reformen entschärfen unmittelbar die Verteilungskonflikte. Das schwere Fahrwasser, in das die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren geraten ist, hat zwar auch am Arbeitsmarkt deutliche Schrammen hinterlassen. Eine anziehende ökonomische Dynamik dürfte jedoch mit steigender Beschäftigung die Engpässe am Arbeitsmarkt rasch wieder deutlich hervortreten lassen. Dies bedeutet zweierlei. Zum einen übersetzen sich standortstärkende Reformen, die dauerhaft mehr ökonomische Aktivität anreizen, in eine verbesserte Verhandlungsposition der Arbeitnehmer, so dass die Marktkräfte am Arbeitsmarkt unmittelbar zu höheren Arbeitnehmereinkommen führen. Darin unterscheidet sich die heutige Lage von der zu Beginn der 2000er Jahre, als die Agenda-Reformen in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit beschlossen wurden und bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung rund zehn Jahre vergingen. Zum anderen stößt ohne potenzialstärkende Maßnahmen die ökonomische Dynamik rasch an Kapazitätsgrenzen. Eine höhere ökonomische Dynamik ist aber erforderlich, um die sich sonst weiter verschärfenden Verteilungskonflikte einzudämmen. Diese rühren zum einen aus der demografischen Alterung und zum anderen aus höheren Verteidigungslasten her. Immer höhere Abgabensätze sind keine Lösung, da hierdurch ökonomische Aktivität gedämpft wird. Ein Ausweichen auf höhere

Verschuldung verlagert die Abgabenlast nur um wenige Jahre (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2025, Kap. 4). Ein kräftigeres Potenzialwachstum kommt allen gesellschaftlichen Gruppen (Arbeitnehmern, Unternehmern, Investoren und Transferempfängern) zugute. Bei alledem ist der Faktor Zeit eine kritische Größe. Je länger potenzialstärkende Maßnahmen verzögert werden, desto weniger Anziehungskraft entfaltet der Standort auf Kapitalströme und qualifizierte Zuwanderung.

Energiesubventionen stärken den Standort nicht. Die Kosten der Energieproduktion sind ein wichtiger Standortfaktor. Hierzulande soll – anders als in allen vergleichbaren Industrieländern – perspektivisch die Energieversorgung exklusiv aus erneuerbaren Quellen erfolgen. Die damit verbundenen hohen systemischen Kosten (Reservekapazitäten, Speicher, Netzausbau) spiegeln sich u.a. in den Netzentgelten wider und dürften dauerhaft mit einem Kostennachteil für den Standort verbunden sein. Aus dem Sondervermögen Infrastruktur soll der Klima- und Transformationsfonds (KTF) mit 100 Mrd. Euro befüllt werden, aus dem wiederum die Energieversorgung subventioniert werden kann. Dies dürfte allenfalls dazu beitragen, dass die bereits bestehende energieintensive Produktionskapazität in Deutschland etwas länger genutzt wird. Anreize zur Ansiedlung neuer Anlagen dürften davon indes nicht ausgehen, weil entsprechende Dauersubventionen fiskalisch kaum durchzuhalten sind. Sie wären auch gesamtwirtschaftlich nicht vernünftig. Vielmehr müsste die Energiepolitik so aufgestellt werden, dass der produktionsseitige Kostennachteil gegenüber anderen Standorten abgebaut wird.

Kasten 1:

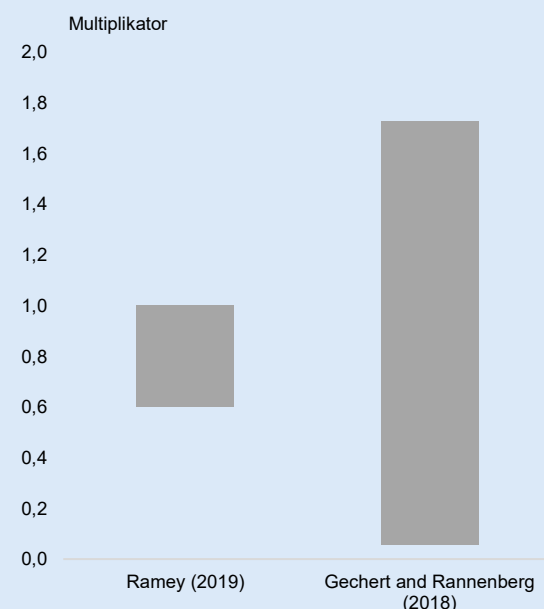
Zu den realwirtschaftlichen Folgen staatlicher Ausgabensteigerungen

Die Wirkung staatlicher Ausgabensteigerungen auf das Bruttoinlandsprodukt ist Gegenstand zahlreicher Studien. Diese versuchen, die Effekte in Abgrenzung zu anderen Faktoren, die gleichzeitig die Wirtschaftsleistung und die staatlichen Ausgaben beeinflussen, zu isolieren. Dazu werden vor allem empirische Ansätze (z.B. strukturelle vektorautoregressive Modelle) und theoriegestützte makroökonomische Modelle (z.B. DSGE-Modelle) verwendet. Zusätzliche staatliche Ausgaben können einerseits zu Preissteigerungen führen und andere wirtschaftliche Aktivität verdrängen (z. B., wenn zusätzliche öffentliche Bauinvestitionen andere Bautätigkeiten verdrängen), so dass die Wirkung auf das Bruttoinlandsprodukt geringer ausfällt als der Impuls durch die Ausgabenerhöhungen. Andererseits können sie auch zusätzlich wirtschaftliche Aktivität anregen (z. B., wenn durch die Aussicht auf öffentliche Aufträge oder eine verbesserte Infrastruktur private Investitionen ausgelöst werden). Die Studien liefern eine große Bandbreite möglicher Effekte. Im Folgenden soll ein Auszug der umfangreichen empirischen Literatur vorgestellt und einige der relevanten Einflussfaktoren, die für die Wirkung öffentlicher Ausgabensteigerungen maßgeblich sein dürften, mit Blick auf die aktuelle Lage in Deutschland diskutiert werden.

Gechert und Rannenberg (2018) haben rund 100 empirische Studien zu den Wirkungen der Fiskalpolitik ausgewertet. Demzufolge kann der sogenannte Multiplikator staatlicher Ausgaben (Wirkung auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Relation zum Impuls) von deutlich negativ bis weit positiv reichen. Die zentrale Bandbreite der geschätzten Multiplikatoren – gemessen anhand einer Standardabweichung der Ergebnisse – liegt zwischen 0 und 1,7 (Abbildung K1-1). Ramey (2019) wertet in einem weiteren Literaturüberblick ausgewählte Studien aus und kommt zu dem Ergebnis, dass die zentrale Bandbreite für Multiplikatoren von staatlichen Ausgaben zwischen 0,6 und 1 liegt. Ilzetzi (2025) zieht mit Blick auf die Literatur und einem Fokus auf die Wirkungen von Verteidigungsausgaben ein ähnliches Resümee.

Die recht große Bandbreite der geschätzten Multiplikatoren staatlicher Ausgaben dürfte neben unterschiedlichen Vorgehensweisen zur Identifikation der Effekte auch damit zusammenhängen, dass die jeweiligen Rahmenbedingungen einen großen Einfluss haben. So kann es einen Unterschied machen, ob es sich um Ausgabensteigerungen oder -kürzungen handelt, wie umfangreich die Ausgabenänderungen sind und mit welchem Vorlauf sie angekündigt werden. Beispielsweise könnten Ausgabensteigerungen geringere realwirtschaftliche Effekte haben als Ausgabenkürzungen (Barnichon et al. 2023). Zudem dürften größere Ausgabensteigerungen zu größeren Verdrängungseffekten führen als kleinere Steigerungen und somit relativ geringere realwirtschaftliche Effekte haben (German and Karamysheva 2022). Auch die Ausrichtung der Geldpolitik ist für die realwirtschaftlichen Effekte relevant. Strafft eine Zentralbank in Reaktion auf höhere staatliche Ausgaben ihre Geldpolitik, fallen die Effekte auf die Wirtschaftsleistung geringer aus. Innerhalb einer Währungsunion könnte – sofern die anderen Mitgliedsländer ihre Ausgaben nicht im gleichen Ausmaß erhöhen – die Wirkung tendenziell höher sein. Ferner haben auch Anpassungen des Wechselkurses einen Einfluss, beispielsweise wenn Ausgabensteigerungen zu einer Aufwertung führen. Dabei können jedoch die realwirtschaftlichen Auswirkungen staatlicher Ausgabensteigerungen auch innerhalb einer Währungsunion geringer ausfallen, wenn sie eine Aufwertung des real effektiven Wechselkurses mit sich bringen (Born et al. 2024). Schließlich hat die Konjunkturlage einen großen Einfluss auf die Effekte staatlicher Ausgabensteigerungen. So konstatieren zahlreiche Studien, dass die realwirtschaftlichen Auswirkungen in Zeiten einer gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung, also z.B. in einer Rezession, größer sind (Gechert und Rannenberg 2014). Zwar sind die Ergebnisse bezüglich des Einflusses der gesamtwirtschaftlichen Auslastung nicht immer robust (Ramey 2019), jedoch ist es auch aus theoretischer Sicht naheliegend, dass staatliche Ausgabensteigerungen in Zeiten niedriger Auslastung weniger andere wirtschaftliche Aktivitäten verdrängen und die realwirtschaftlichen Auswirkungen somit größer sind.

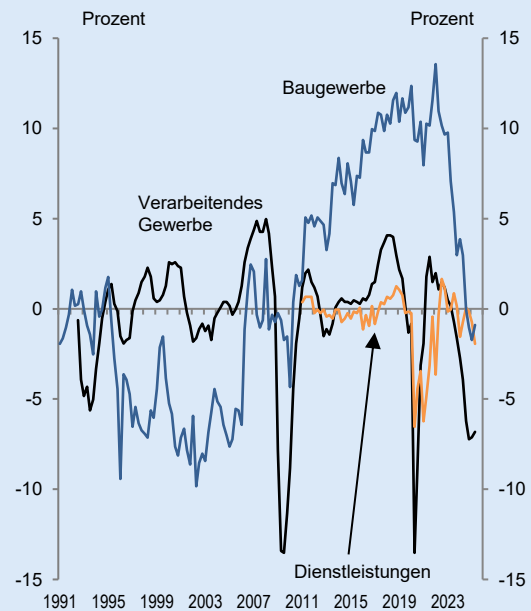
Abbildung K1-1
Bandbreite geschätzter Fiskalmultiplikatoren von staatlichen Ausgabensteigerungen



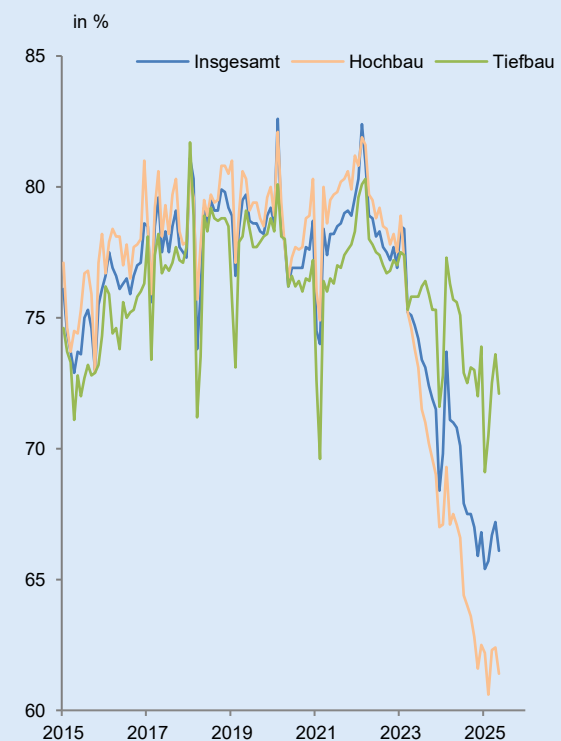
Gechert, S. and A. Rannenberg (2018): Bandbreite von einer Standardabweichung über alle ausgewerteten Studien.

Quellen: Gechert und Rannenberg (2018); Ramey (2019); Darstellung des IfW Kiel.

Bezogen auf die gegenwärtige Lage in Deutschland spricht die gesamtwirtschaftliche Unterauslastung der Produktionskapazitäten kurzfristig eher für größere realwirtschaftliche Effekte der geplanten öffentlichen Ausgabesteigerungen. Insbesondere in der Bauwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe, die vor allem von der expansiven Finanzpolitik profitieren dürften, ist die Auslastung derzeit niedrig (Abbildung K1-2). Allerdings ist der Tiefbau, der überwiegend öffentliche Aufträge bedient, derzeit im Vergleich zu anderen Bausparten deutlich besser ausgelastet (Abbildung K1-3). Zwar liegt dort die Auslastung noch weit unter früheren Höchstständen, angesichts der geplanten großen Ausgabesteigerungen für Infrastruktur und der insgesamt noch günstigen Auftragslage im Tiefbau dürften sich hier jedoch auch rasch Preiseffekte einstellen, die die realwirtschaftlichen Effekte dämpfen. Zudem deuten Umfragen sowie die im internationalen Vergleich bereits seit längerem schwache Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe darauf hin, dass die geringere Auslastung weniger einer schwachen Konjunktur geschuldet ist als vielmehr einer abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrieunternehmen. Entsprechend bauen die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe bereits seit einiger Zeit Produktionskapazitäten ab (Jannsen und Kooths 2025). Schließlich dürfte die deutsche Rüstungsindustrie, die nur einen kleinen Teil des Verarbeitenden Gewerbes ausmacht, zuletzt gut ausgelastet gewesen sein und ihre Produktion im Wesentlichen in dem Tempo ausweiten können, in dem es ihr gelingt, die Produktionskapazitäten zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, inwieweit die derzeit gesamtwirtschaftlich niedrige Auslastung tatsächlich für realwirtschaftlich eher größere Effekte spricht. Hinzu kommt, dass bei expansiven und größeren Impulsen tendenziell mit geringeren Effekten zu rechnen ist.

Abbildung K1-2
Kapazitätsauslastung nach Branchen


Quelle: ifo Institut, Konjunkturtest.

Abbildung K1-3
Auslastung nach Bausparten


Quelle: ifo Institut.

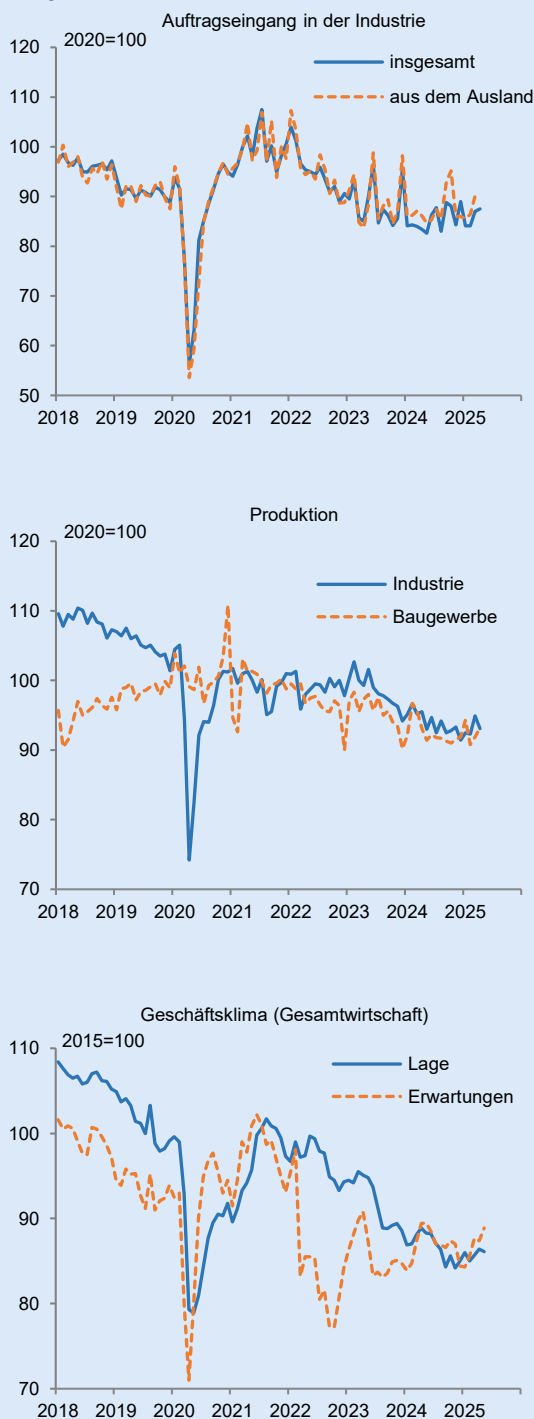
Datenanhang

INHALT

1. Konjunkturindikatoren.....	17
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung.....	18
3. Außenwirtschaft	20
4. Inländische Verwendung	22
5. Wirtschaftsbereiche.....	25
6. Löhne	26
7. Beschäftigung	27
8. Öffentliche Finanzen.....	28
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit	29
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung	30
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	31
12. Hauptaggregate der Sektoren	34
Literatur.....	37

1. Konjunkturindikatoren

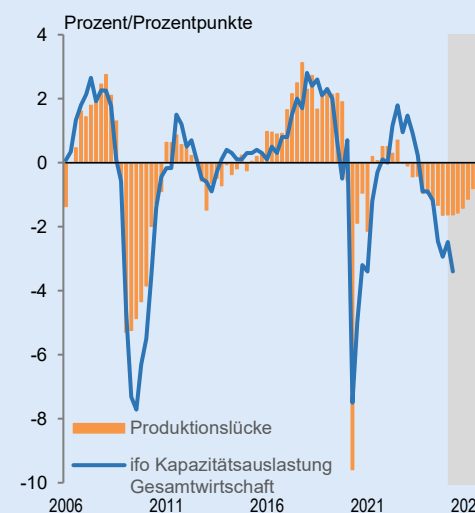
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

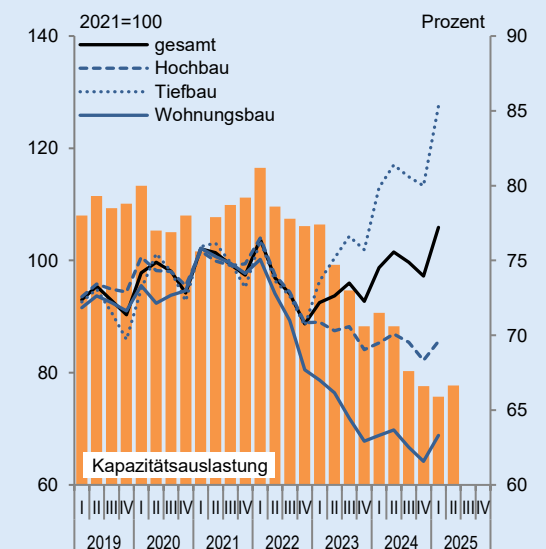
Abbildung 1.2:
Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung



Quartalsdaten: Prozentuale Abweichung des BIP vom Produktionspotenzial, Schätzung des Produktionspotenzials aus der Mittelfristprojektion Frühjahr 2025 (Boysen-Hogrefe et al. 2025), Abweichung der ifo gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung vom Mittelwert in Prozentpunkten (2005 bis 2019).

Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe

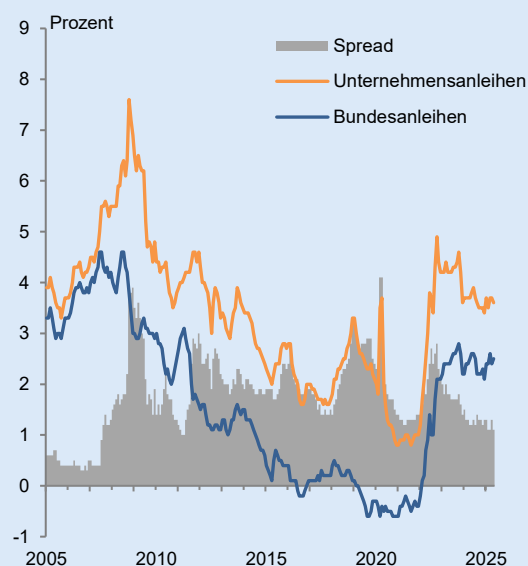


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

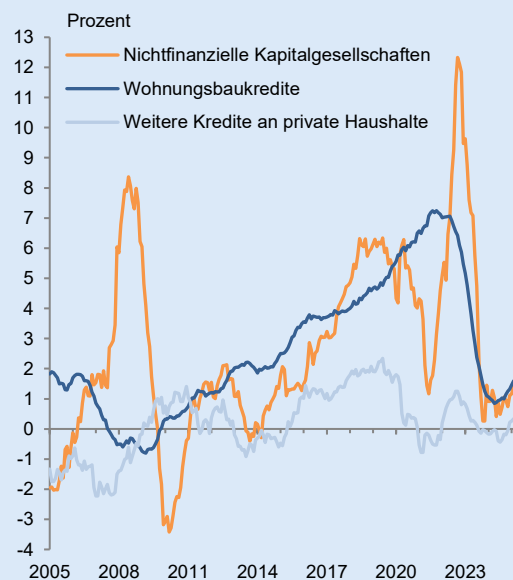
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Berechnungen des IfW Kiel.

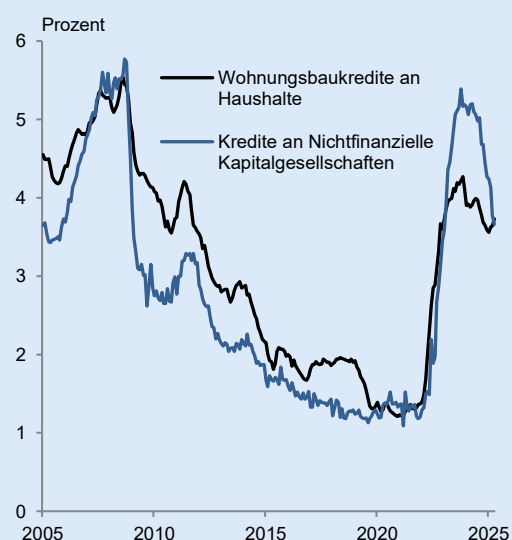
Abbildung 2.3:
Kreditexpansion



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel..

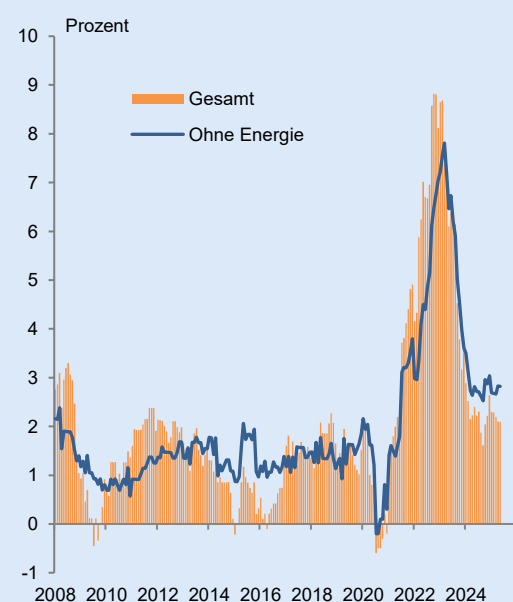
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; Effektivzinssätze, Neugeschäft, Kredite insgesamt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *MFI-Zinsstatistik*.

Abbildung 2.4:
Verbraucherpreise



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*; Berechnungen des IfW Kiel.

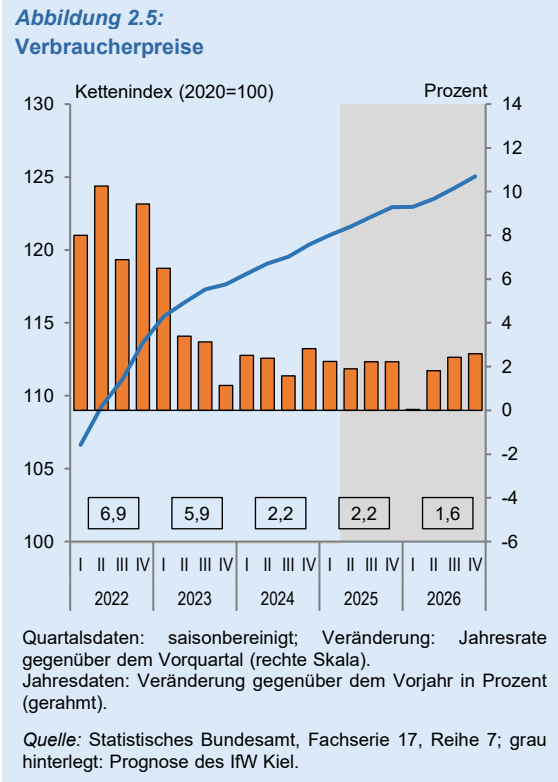


Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur

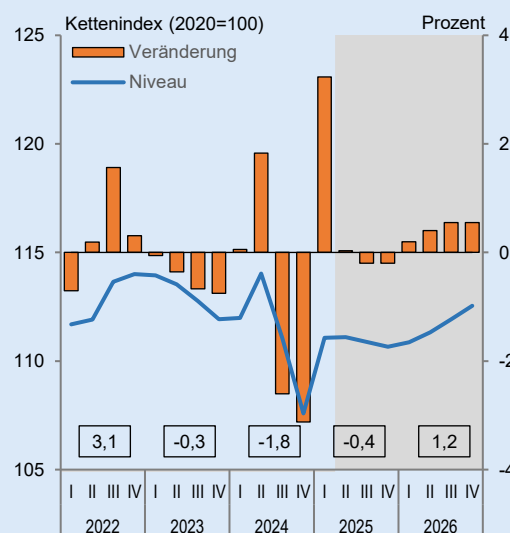
	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	4,00	3,75	3,50	3,00	2,50	2,00	1,75	1,75	1,75	1,75	1,75	1,75
Langfristige Zinsen	2,3	2,5	2,3	2,2	2,5	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
US-Dollar/Euro	1,09	1,08	1,10	1,07	1,05	1,12	1,13	1,13	1,13	1,13	1,13	1,13
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	91,9	92,1	92,2	91,5	91,0	92,6	92,6	92,5	92,4	92,2	92,0	91,8
Exportmärkte	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Rohölpreis	81,9	85,0	78,7	73,9	74,8	65,0	63,1	62,7	62,9	63,2	63,5	63,9
Gaspreis	27,4	31,7	35,4	43,2	46,8	35,5	35,4	36,4	36,5	32,8	32,5	33,4
Strompreis	69,2	72,9	78,3	109,4	116,1	71,7	87,4	87,4	78,5	78,5	78,5	78,5

Leitzins der EZB: Zinssatz der Einlagefazilität (Quartalsende); langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger börsennotierter Bundesanleihen (Quartalsdurchschnitt); preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal; Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent; Gaspreis: Euro je MWh (TTF); Strompreis: Euro je MWh (Phelix, Baseload).

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA, LSEG Datastream, EEX, ENDEX; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Außenwirtschaft

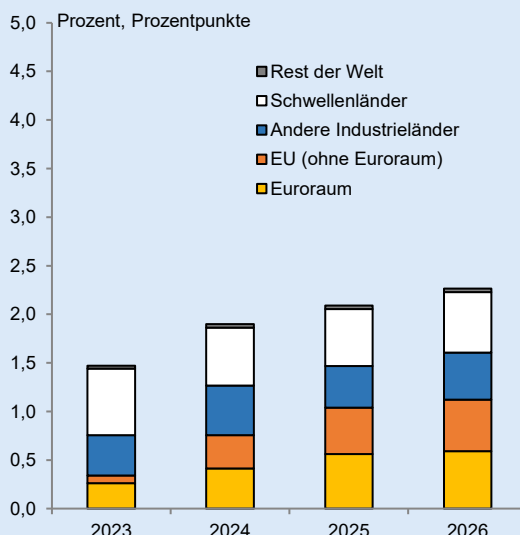
Abbildung 3.1:
Exporte



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

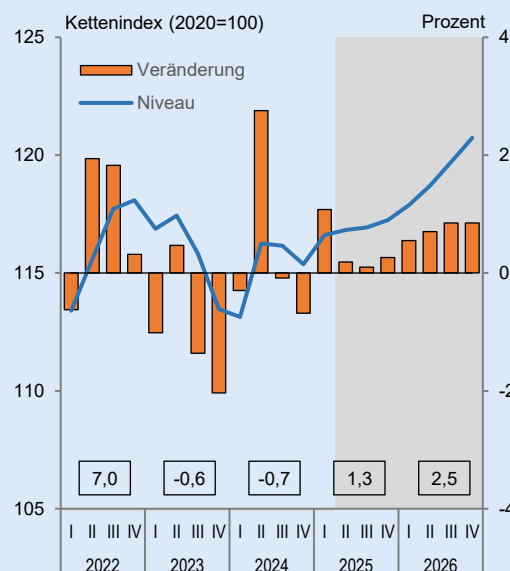
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 64 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

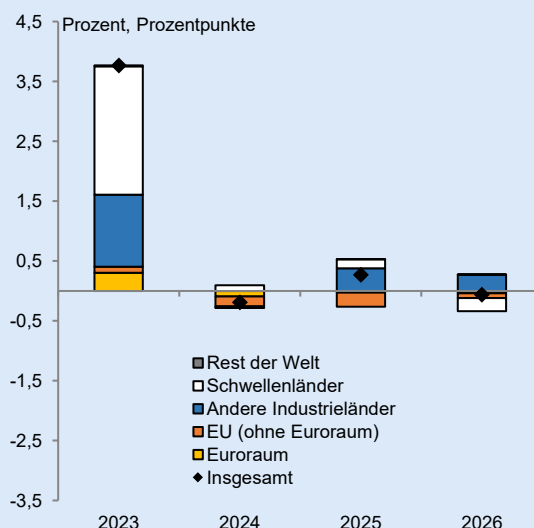
Abbildung 3.2:
Importe



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

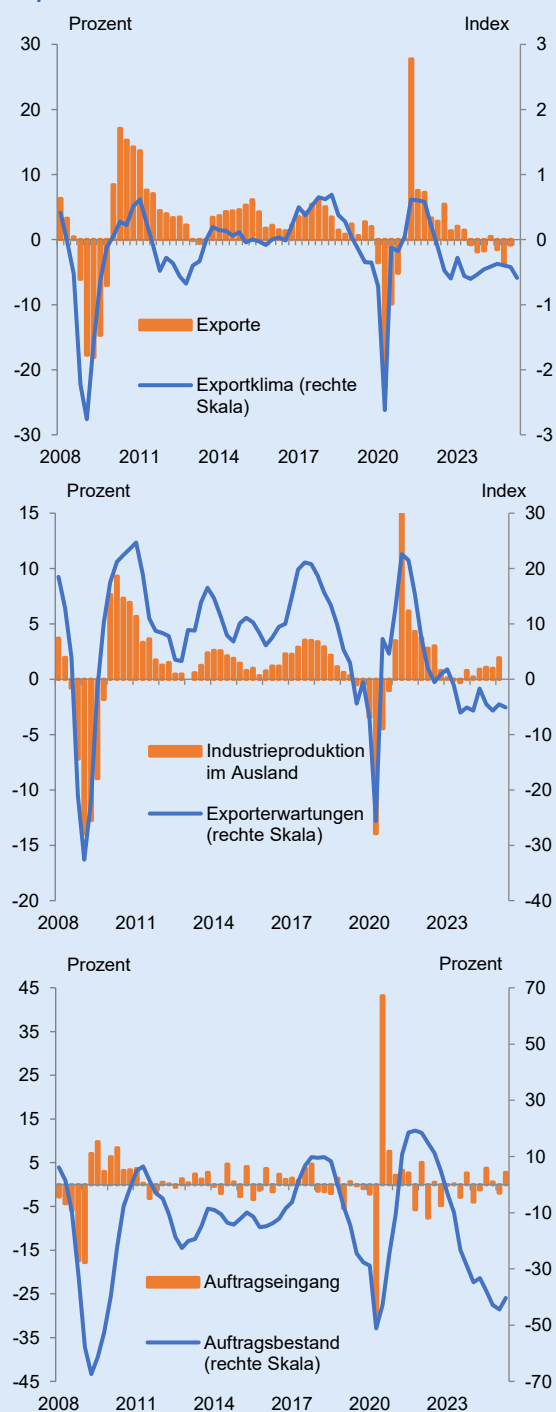
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise und Wechselkurse gegenüber 57 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 60 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 11.2023; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 3.5:
Exportindikatoren

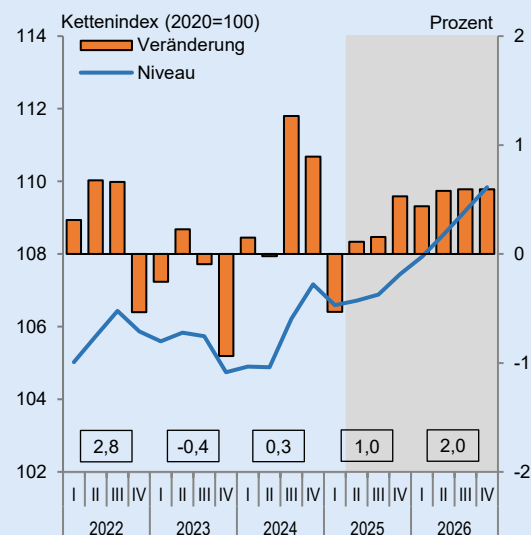


Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen: Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; CPB, *World Trade Monitor*; Thomson Reuters Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

4. Inländische Verwendung

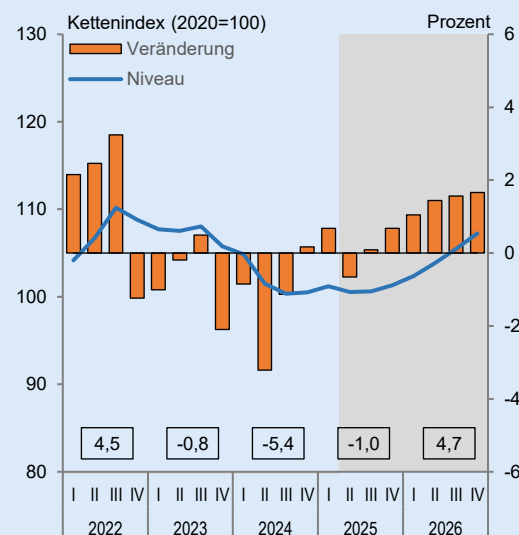
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

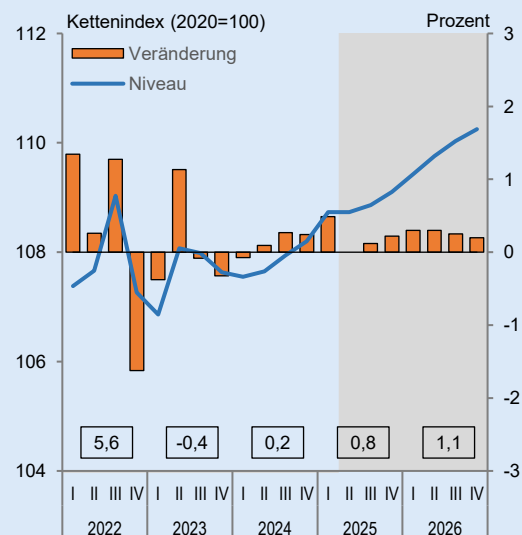
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

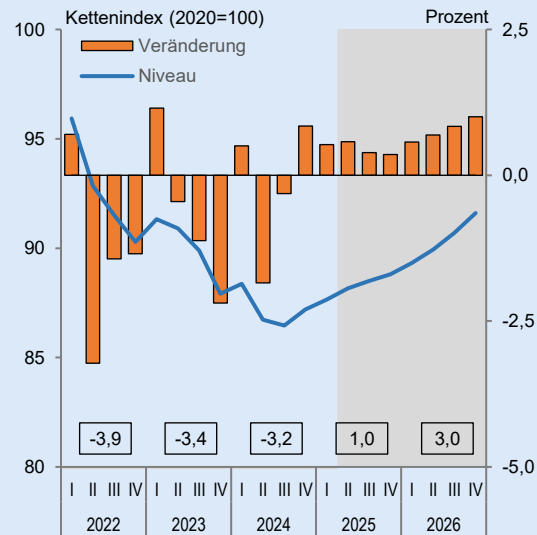
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

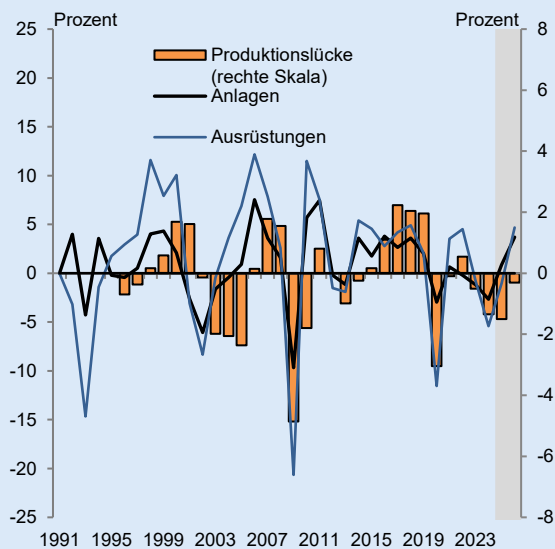
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

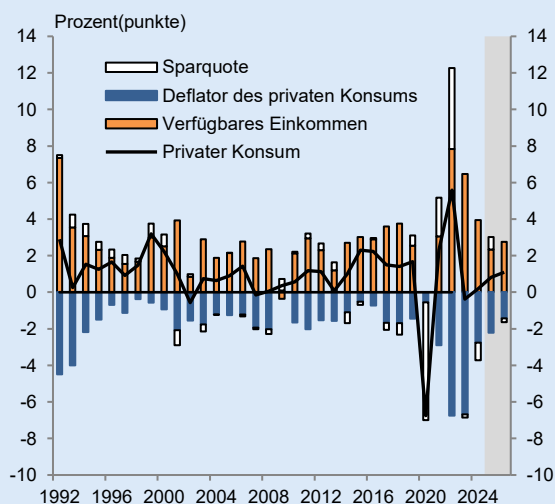
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

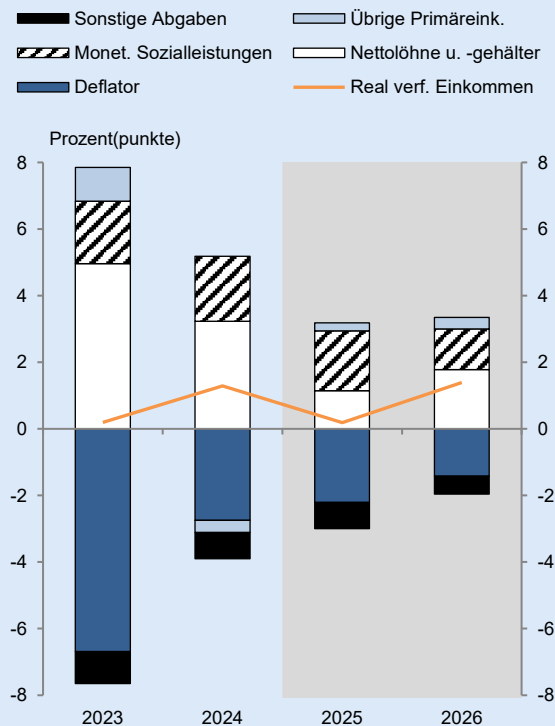
Abbildung 4.6:
Zerlegung der Zuwachsrate des privaten Konsums



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

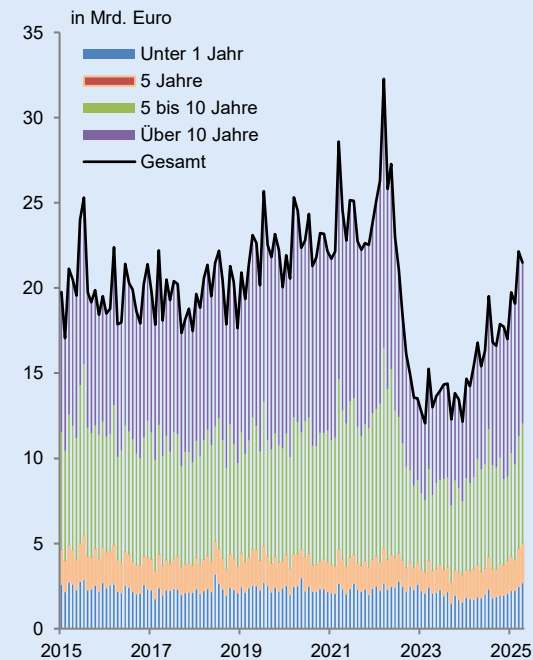
Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen

	2023	2024	2025	2026
Anlageinvestitionen	-1,2	-2,7	0,9	3,7
Unternehmensinvestitionen	0,3	-2,7	0,3	3,6
Ausrüstungen	-0,8	-5,4	-1,0	4,7
Wirtschaftsbau	-4,1	-2,9	1,5	2,7
Sonstige Anlagen	4,7	3,9	3,4	4,1
Wohnbau	-4,1	-5,0	1,0	3,0
Öffentlicher Bau	0,8	3,9	0,4	3,6
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	-3,4	-3,2	1,0	3,0

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

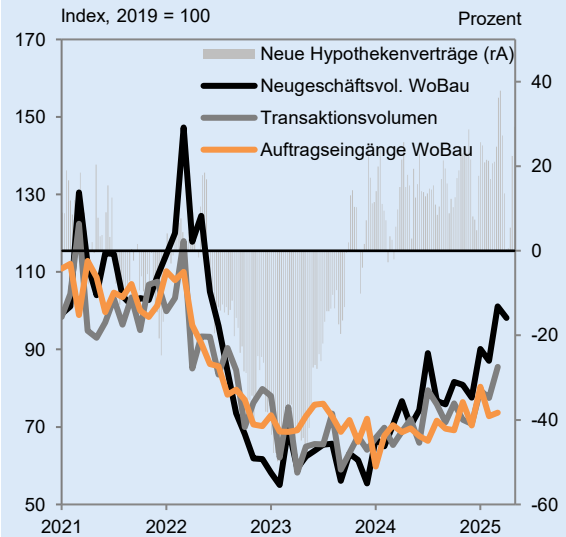
Abbildung 4.8:
Neugeschäftsvolumina Wohnungsbaukredite



Monatsdaten, bei Neugeschäften, verschiedene Laufzeiten, in Mrd. Euro.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken.

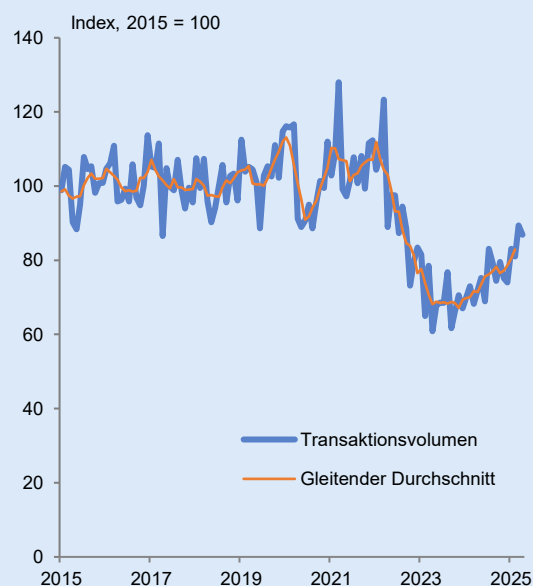
Abbildung 4.10:
Wohnungsbauindikatorik



Wochendaten, Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Fallzahl der Hypothekenverträge von privaten Haushalten; Monatsdaten, Neugeschäftsvolumina für Wohnungsbaukredite, Transaktionsvolumen von Immobilien, preisbereinigt, auf Basis der Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer der Länder, Auftragseingänge im Wohnbau.

Quelle: SCHUFA Holding AG, Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, vdp Immobilienpreisindizes, Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 4.9:
Transaktionsvolumen von Immobilien



Monatsdaten, Transaktionsvolumen von Immobilien, preisbereinigt, auf Basis der Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer der Länder.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, vdp Immobilienpreisindizes, Berechnungen des IfW Kiel.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle:5.1
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

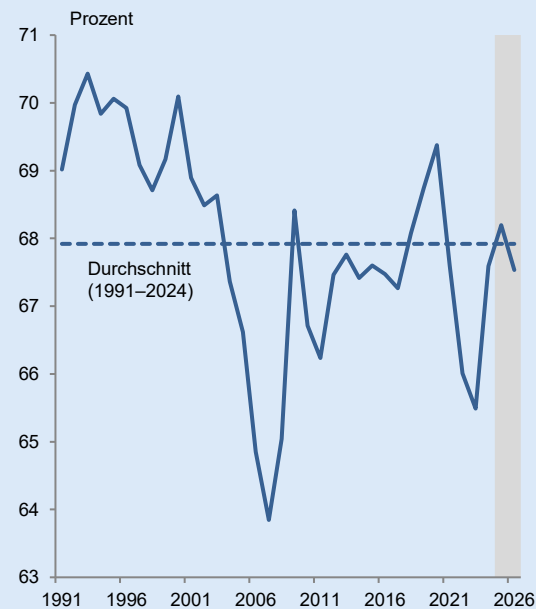
	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent												
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,2	0,4	0,1	0,0	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	-0,5	-0,3	-0,4	-0,3	0,6	0,1	0,0	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-3,8	-0,4	-1,7	-0,8	1,5	-0,1	-0,3	0,0	0,2	0,5	0,5	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	-0,7	-0,6	-1,3	-0,3	1,0	0,1	-0,3	0,0	0,2	0,5	0,5	0,5
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-20,7	0,4	-3,7	-3,2	4,7	-2,0	0,0	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5
Baugewerbe	0,6	-2,8	-1,0	-0,1	0,9	0,6	0,2	0,2	0,4	0,5	0,6	0,8
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,4	-0,7	-0,1	0,6	1,1	0,1	0,1	0,2	0,4	0,5	0,4	0,4
Information und Kommunikation	2,1	-0,2	-0,6	-0,3	1,7	0,2	0,5	0,8	1,0	1,2	1,2	1,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,1	-0,5	-1,0	-1,6	-0,8	-0,4	-0,4	-0,3	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,1	-0,5	-0,4	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	-0,2	0,2	-0,7	-0,3	0,0	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleister	0,7	0,3	1,5	0,0	-0,2	0,1	0,1	0,5	0,3	0,4	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister	0,8	0,0	0,5	-0,3	-0,3	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität

	2023	2024	2025	2026
Stundenkonzept				
Tariflöhne	4,1	6,1	3,1	3,2
Effektivlöhne	6,6	5,5	3,1	2,5
Lohndrift	2,6	-0,6	0,0	-0,7
Lohnkosten	6,0	5,4	3,6	2,5
Arbeitsproduktivität	-0,6	-0,1	0,3	0,8
Lohnstückkosten	6,7	5,6	3,4	1,6
Lohnstückkosten (real)	0,5	2,4	0,8	-0,7
Personenkonzept				
Tariflöhne	4,0	6,1	3,1	3,2
Effektivlöhne	6,4	5,4	3,2	3,0
Lohndrift	2,4	-0,6	0,2	-0,1
Lohnkosten	5,9	5,3	3,9	3,0
Arbeitsproduktivität	-1,0	-0,4	0,3	1,2
Lohnstückkosten	6,9	5,7	3,5	1,8
Lohnstückkosten (real)	0,7	2,6	1,0	-0,5

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen der Veränderung der Tariflöhne und der der Effektivlöhne in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Tarifverdienststatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

7. Beschäftigung

Tabelle 7.1:

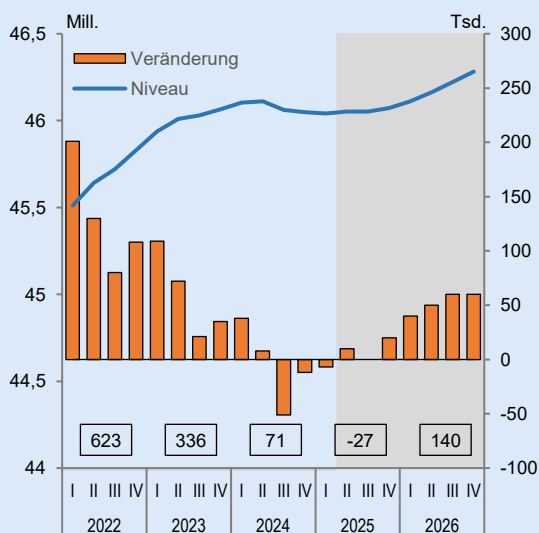
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2022	2023	2024	2025	2026
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	61.211	61.437	61.355	61.360	61.794
Erwerbstätige (Inland)	45.675	46.011	46.081	46.055	46.195
Selbständige	3.895	3.847	3.774	3.699	3.661
Arbeitnehmer (Inland)	41.781	42.163	42.307	42.356	42.534
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34.507	34.790	34.934	35.018	35.232
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.125	4.198	4.180	4.139	4.103
Pendlersaldo	211	210	204	200	200
Erwerbstätige (Inländer)	45.464	45.801	45.877	45.854	45.994
Arbeitnehmer (Inländer)	41.570	41.954	42.103	42.156	42.334
Registrierte Arbeitslose	2.418	2.609	2.787	2.962	2.876
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,3	5,7	6,0	6,3	6,1
Erwerbslosenquote (Prozent)	2,9	2,8	3,2	3,4	3,4

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Makroökonomische Zeitreihen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

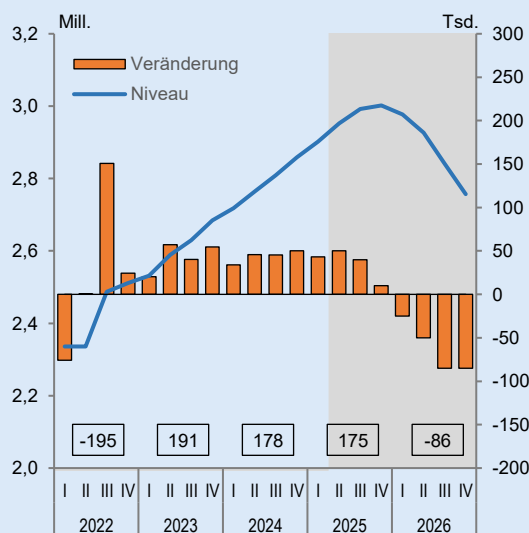
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Makroökonomische Zeitreihen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

8. Öffentliche Finanzen

Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2022	2023	2024	2025	2026
Einnahmen	1.852,6	1.921,2	2.022,2	2.134,3	2.197,2
→relativ zum BIP	46,9	45,9	47,0	48,1	47,7
Steuern	960,8	961,3	994,9	1.030,9	1.051,3
→relativ zum BIP	24,3	23,0	23,1	23,3	22,8
Sozialbeiträge	667,1	709,9	755,7	820,1	856,0
→relativ zum BIP	16,9	17,0	17,6	18,5	18,6
Sonstige Einnahmen	224,7	250,0	271,6	283,3	289,9
→relativ zum BIP	5,7	6,0	6,3	6,4	6,3
Ausgaben	1.937,5	2.025,0	2.137,8	2.227,4	2.358,2
→relativ zum BIP	49,0	48,4	49,7	50,2	51,2
Arbeitnehmerentgelt	320,7	337,6	358,3	371,9	383,6
Vorleistungen	252,2	264,0	284,2	286,8	314,8
Soziale Sachleistungen	354,6	362,1	392,0	417,6	435,3
Bruttoinvestitionen	112,2	117,1	125,7	136,0	150,9
Geleistete Vermögenseinkommen	27,9	36,6	46,1	50,2	53,0
Monetäre Sozialleistungen	613,9	657,0	702,3	743,1	773,0
Subventionen	67,5	84,5	54,4	54,6	61,4
Sonstige laufende Übertragungen	111,3	91,9	90,4	91,7	100,8
Vermögensübertragungen	77,9	74,4	84,4	75,4	85,3
Sonstige Ausgaben	-1,0	-0,5	-0,2	-0,3	-0,3
Finanzierungssaldo	-84,9	-103,8	-115,6	-93,1	-161,0
→relativ zum BIP	-2,1	-2,5	-2,7	-2,1	-3,5
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1.229,5	1.248,6	1.303,9	1.351,5	1.380,2
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.218,7	1.243,4	1.299,1	1.348,5	1.377,2
Transfers der Sozialversicherung	10,8	5,3	4,9	3,0	3,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.323,1	1.361,4	1.408,5	1.446,2	1.538,2
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	1.144,7	1.211,9	1.266,7	1.302,6	1.392,4
Transfers an die Sozialversicherung	178,4	149,5	141,8	143,6	145,8
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-93,7	-112,8	-104,6	-94,7	-158,1
Einnahmen der Sozialversicherung	812,3	827,3	864,9	929,5	966,1
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	633,9	677,8	723,1	785,8	820,3
Ausgaben der Sozialversicherung	803,5	818,3	876,0	927,8	969,0
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	792,8	813,1	871,1	924,8	966,0
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	8,8	9,0	-11,0	1,7	-2,9

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

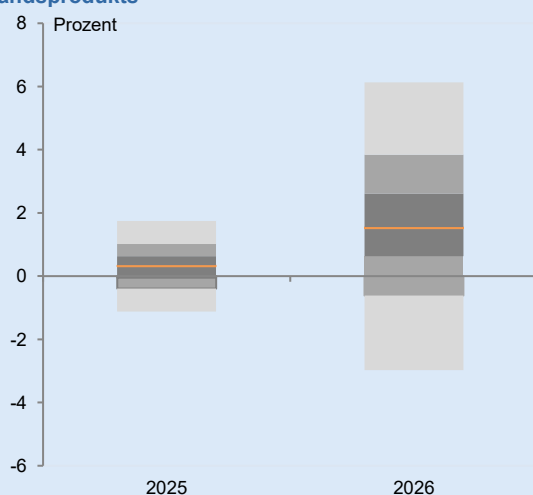
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,2	0,4	0,1	0,0	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5
Private Konsumausgaben	-0,1	0,1	0,3	0,2	0,5	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Konsumausgaben des Staates	0,5	1,5	1,2	0,4	-0,3	0,1	0,3	1,1	0,5	0,8	0,8	0,7
Ausrüstungsinvestitionen	-0,9	-3,2	-1,1	0,2	0,7	-0,7	0,1	0,7	1,0	1,4	1,6	1,7
Bauinvestitionen	0,5	-1,8	-0,3	0,8	0,5	0,6	0,4	0,4	0,6	0,7	0,8	1,0
Sonstige Anlagen	1,0	0,5	0,7	0,2	2,0	0,4	0,6	0,8	1,1	1,3	1,3	1,3
Vorratsveränderungen	0,0	0,0	0,9	0,5	-0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,2	0,0	1,3	0,9	-0,5	0,1	0,2	0,5	0,4	0,6	0,6	0,6
Ausfuhr	0,1	1,8	-2,6	-3,1	3,2	0,0	-0,2	-0,2	0,2	0,4	0,5	0,5
Einfuhr	-0,3	2,8	-0,1	-0,7	1,1	0,2	0,1	0,3	0,5	0,7	0,8	0,8
Außenbeitrag	0,1	-0,3	-1,1	-1,1	0,9	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Erwerbstätige, Inland	46.104	46.112	46.061	46.049	46.042	46.052	46.052	46.072	46.112	46.162	46.222	46.282
Arbeitslose	2.718	2.764	2.809	2.859	2.902	2.952	2.992	3.002	2.977	2.927	2.842	2.757

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Deutsche Bundesbank, *Makroökonomische Zeitreihen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

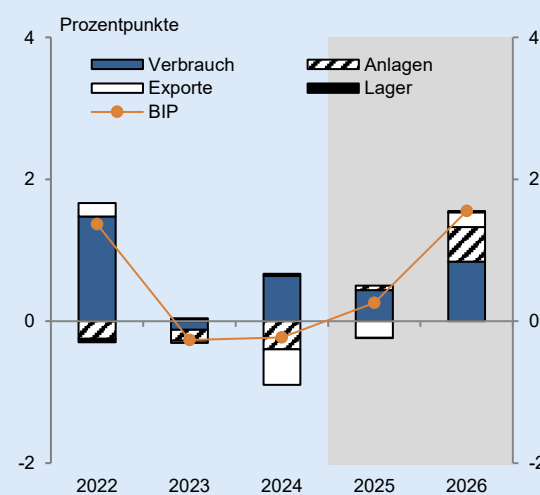
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2024).

Quelle: Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10.1:

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2024	2023	2024	2025	2026
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		-0,3	-0,2	0,3	1,6
Private Konsumausgaben		-0,4	0,2	0,8	1,1
Konsumausgaben des Staates		-0,1	3,2	1,4	2,6
Anlageinvestitionen		-1,2	-2,7	0,9	3,7
Ausrüstungsinvestitionen		-0,8	-5,4	-1,0	4,7
Bauinvestitionen		-3,4	-3,2	1,0	3,0
Sonstige Anlagen		4,7	3,9	3,4	4,1
Vorratsveränderung		0,1	0,1	0,0	0,0
Inländische Verwendung		-0,4	0,3	1,0	2,0
Ausfuhr		-0,3	-1,8	-0,4	1,2
Einfuhr		-0,6	-0,7	1,3	2,5
Außenbeitrag		0,1	-0,5	-0,7	-0,4
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	4.305,3	5,9	2,9	2,8	3,9
Private Konsumausgaben	2.270,4	6,3	2,9	3,0	2,5
Konsumausgaben des Staates	960,2	4,1	6,1	4,1	5,4
Anlageinvestitionen	898,5	4,9	-0,2	4,1	7,6
Ausrüstungsinvestitionen	265,3	4,8	-3,8	1,7	7,8
Bauinvestitionen	464,8	4,4	-0,3	4,6	7,7
Sonstige Anlagen	168,4	6,2	6,6	6,3	7,2
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		7,2	7,2	7,7	9,7
Inländische Verwendung	4.136,3	4,2	2,9	3,5	4,4
Ausfuhr	1.799,6	0,4	-0,9	0,7	1,6
Einfuhr	1.630,6	-3,6	-1,1	2,2	2,7
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		167,7	169,0	145,2	130,7
Bruttonationaleinkommen	4.462,8	5,7	3,0	3,0	3,8
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		6,1	3,1	2,5	2,3
Private Konsumausgaben		6,7	2,7	2,2	1,4
Konsumausgaben des Staates		4,2	2,8	2,6	2,7
Ausrüstungsinvestitionen		5,7	1,7	2,7	3,0
Bauinvestitionen		8,1	3,0	3,5	4,5
Sonstige Anlagen		1,4	2,6	2,8	3,0
Ausfuhr		0,7	0,9	1,1	0,4
Einfuhr		-3,0	-0,4	0,9	0,2
<i>Nachrichtlich:</i> Verbraucherpreise		5,9	2,2	2,2	1,6
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	3.188,7	6,6	1,8	2,5	4,1
Arbeitnehmerentgelt	2.355,9	6,8	5,7	4,0	3,5
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		71,2	73,9	75,0	74,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	832,8	6,2	-7,8	-1,8	5,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2.501,7	6,9	4,0	2,4	2,8
Sparquote (Prozent)		10,4	11,3	10,7	10,9
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.953,3	7,4	5,8	3,3	3,5
Effektivlohn, Stundenbasis		6,6	5,5	3,1	2,5
Lohnstückkosten, Stundenbasis		6,7	5,6	3,4	1,6
Produktivität, Stundenbasis		-0,6	-0,1	0,3	0,8
Arbeitslose (1 000)		2.609	2.787	2.962	2.876
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,7	6,0	6,3	6,1
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		46.011	46.081	46.055	46.195
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-103,8	-115,6	-93,1	-161,0
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-2,5	-2,7	-2,1	-3,5
Öffentliche Schulden (Prozent)		62,9	62,5	62,7	63,9

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026									
	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,2	- 0,1	0,3	0,3	0,0	- 0,1	0,0	0,2	0,4
Arbeitsvolumen	- 0,1	0,0	0,7	- 0,7	0,4	0,0	0,0	0,2	1,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,3	0,1	0,4	- 1,0	0,4	0,1	0,0	0,0	0,7
Produktivität ¹	- 0,1	0,3	0,8	0,4	- 0,6	- 0,1	0,6	0,7	1,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 0,2	0,3	1,6	- 0,3	- 0,1	- 0,1	0,7	1,0	2,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	3 230,6	3 338,5	3 451,5	1 574,2	1 656,4	1 629,8	1 708,8	1 677,4	1 774,1
Private Haushalte ²	2 270,4	2 339,4	2 398,5	1 108,5	1 161,8	1 142,3	1 197,1	1 165,9	1 232,6
Staat	960,2	999,2	1 053,0	465,7	494,6	487,5	511,7	511,5	541,5
Anlageinvestitionen	898,5	935,0	1 006,4	439,4	459,1	450,2	484,8	478,0	528,3
Ausrüstungen	265,3	269,7	290,7	128,6	136,7	127,6	142,1	134,5	156,2
Bauten	464,8	486,2	523,6	229,9	234,9	236,6	249,6	252,0	271,5
Sonstige Anlageinvestitionen	168,4	179,1	192,1	80,9	87,5	86,0	93,1	91,5	100,6
Vorratsveränderung ³	7,2	7,7	9,7	0,1	7,1	14,8	- 7,1	14,0	- 4,3
Inländische Verwendung	4 136,3	4 281,3	4 467,6	2 013,6	2 122,7	2 094,9	2 186,4	2 169,4	2 298,2
Außenbeitrag	169,0	145,2	130,7	112,0	57,0	81,4	63,8	78,0	52,6
Exporte	1 799,6	1 812,3	1 841,9	910,7	888,9	904,6	907,6	906,6	935,4
Importe	1 630,6	1 667,1	1 711,3	798,7	831,9	823,3	843,8	828,6	882,7
Bruttoinlandsprodukt	4 305,3	4 426,5	4 598,2	2 125,6	2 179,6	2 176,2	2 250,2	2 247,4	2 350,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,9	3,3	3,4	4,1	3,7	3,5	3,2	2,9	3,8
Private Haushalte ²	2,9	3,0	2,5	3,0	2,9	3,0	3,0	2,1	3,0
Staat	6,1	4,1	5,4	6,6	5,6	4,7	3,5	4,9	5,8
Anlageinvestitionen	- 0,2	4,1	7,6	- 0,5	0,2	2,5	5,6	6,2	9,0
Ausrüstungen	- 3,8	1,7	7,8	- 3,1	- 4,4	- 0,8	3,9	5,4	9,9
Bauten	- 0,3	4,6	7,7	- 1,5	0,9	2,9	6,3	6,5	8,8
Sonstige Anlageinvestitionen	6,6	6,3	7,2	7,0	6,2	6,3	6,3	6,4	8,1
Inländische Verwendung	2,9	3,5	4,4	2,0	3,8	4,0	3,0	3,6	5,1
Exporte	- 0,9	0,7	1,6	- 0,6	- 1,3	- 0,7	2,1	0,2	3,1
Importe	- 1,1	2,2	2,7	- 3,9	1,8	3,1	1,4	0,6	4,6
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,8	3,9	3,3	2,5	2,4	3,2	3,3	4,5
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 705,5	2 732,4	2 774,5	1 330,2	1 375,2	1 345,0	1 387,4	1 361,6	1 412,9
Private Haushalte ²	1 885,3	1 900,6	1 921,4	926,8	958,5	933,6	967,0	941,2	980,2
Staat	820,7	832,5	854,1	403,7	417,0	411,8	420,7	420,9	433,2
Anlageinvestitionen	711,4	717,7	744,2	349,1	362,3	347,9	369,8	356,4	387,8
Ausrüstungen	226,3	224,0	234,5	109,7	116,6	106,4	117,5	109,0	125,5
Bauten	335,2	338,7	348,9	166,7	168,5	166,3	172,4	169,9	179,0
Sonstige Anlageinvestitionen	153,1	158,3	164,8	73,8	79,3	76,3	82,0	78,8	86,0
Inländische Verwendung	3 452,7	3 485,7	3 557,1	1 693,3	1 759,4	1 716,7	1 769,1	1 742,2	1 815,0
Exporte	1 499,0	1 493,5	1 512,0	761,7	737,3	744,5	749,0	745,8	766,2
Importe	1 342,3	1 360,4	1 394,2	660,5	681,8	668,7	691,6	678,1	716,1
Bruttoinlandsprodukt	3 607,1	3 616,5	3 672,5	1 794,0	1 813,1	1 791,3	1 825,1	1 808,7	1 863,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,1	1,0	1,5	0,8	1,3	1,1	0,9	1,2	1,8
Private Haushalte ²	0,2	0,8	1,1	0,1	0,3	0,7	0,9	0,8	1,4
Staat	3,2	1,4	2,6	2,5	3,9	2,0	0,9	2,2	3,0
Anlageinvestitionen	- 2,7	0,9	3,7	- 2,9	- 2,5	- 0,4	2,1	2,5	4,9
Ausrüstungen	- 5,4	- 1,0	4,7	- 4,9	- 6,0	- 3,0	0,9	2,4	6,7
Bauten	- 3,2	1,0	3,0	- 4,2	- 2,2	- 0,2	2,3	2,1	3,8
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,4	4,1	4,6	3,2	3,4	3,5	3,4	4,8
Inländische Verwendung	0,3	1,0	2,0	- 0,9	1,5	1,4	0,5	1,5	2,6
Exporte	- 1,8	- 0,4	1,2	- 1,0	- 2,7	- 2,3	1,6	0,2	2,3
Importe	- 0,7	1,3	2,5	- 2,5	1,0	1,2	1,4	1,4	3,5
Bruttoinlandsprodukt	- 0,2	0,3	1,6	- 0,3	- 0,1	- 0,1	0,7	1,0	2,1

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026									
	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	2,7	2,2	1,4	3,0	2,5	2,3	2,1	1,2	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,8	2,6	2,7	3,9	1,7	2,6	2,5	2,7	2,8
Anlageinvestitionen	2,6	3,2	3,8	2,4	2,7	2,9	3,4	3,6	3,9
Ausrüstungen	1,7	2,7	3,0	1,9	1,6	2,3	3,1	2,9	3,0
Bauten	3,0	3,5	4,5	2,8	3,3	3,2	3,9	4,3	4,8
Exporte	0,9	1,1	0,4	0,4	1,4	1,6	0,5	0,0	0,7
Importe	- 0,4	0,9	0,2	- 1,5	0,7	1,8	0,0	- 0,7	1,0
Bruttoinlandsprodukt	3,1	2,5	2,3	3,6	2,6	2,5	2,6	2,3	2,3
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3 014,3	3 114,2	3 207,7	1 473,7	1 540,6	1 523,6	1 590,6	1 562,2	1 645,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	402,6	431,0	446,0	194,6	208,1	209,2	221,8	215,8	230,2
Bruttolöhne und -gehälter	1 953,3	2 018,7	2 088,3	934,0	1 019,3	969,8	1 048,9	998,5	1 089,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	658,4	664,5	673,3	345,2	313,2	344,6	319,9	347,8	325,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	561,8	559,1	595,4	269,1	292,6	265,6	293,5	278,4	317,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 576,1	3 673,3	3 803,1	1 742,8	1 833,3	1 789,2	1 884,1	1 840,6	1 962,5
Abschreibungen	886,8	921,5	968,6	440,8	445,9	456,2	465,3	478,3	490,3
Bruttonationaleinkommen	4 462,8	4 594,8	4 771,7	2 183,7	2 279,2	2 245,4	2 349,4	2 318,9	2 452,8
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 188,7	3 267,9	3 400,2	1 552,1	1 636,6	1 588,6	1 679,3	1 641,2	1 759,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	832,8	818,2	865,9	423,6	409,2	409,5	408,6	426,8	439,1
Arbeitnehmerentgelt	2 355,9	2 449,7	2 534,3	1 128,5	1 227,4	1 179,0	1 270,7	1 214,3	1 320,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,1	3,3	3,0	4,3	3,9	3,4	3,2	2,5	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,1	7,1	3,5	5,4	4,8	7,5	6,6	3,1	3,8
Bruttolöhne und -gehälter	5,8	3,3	3,5	6,5	5,2	3,8	2,9	3,0	3,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigtem	5,4	3,2	3,0	5,9	5,0	3,8	2,8	2,7	3,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 1,3	0,9	1,3	- 1,7	- 0,9	- 0,2	2,1	0,9	1,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	- 3,1	- 0,5	6,5	- 2,7	- 3,5	- 1,3	0,3	4,8	8,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,9	2,7	3,5	3,1	2,6	2,7	2,8	2,9	4,2
Abschreibungen	3,6	3,9	5,1	3,5	3,6	3,5	4,4	4,9	5,4
Bruttonationaleinkommen	3,0	3,0	3,8	3,2	2,8	2,8	3,1	3,3	4,4
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	1,8	2,5	4,1	2,2	1,4	2,3	2,6	3,3	4,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 7,8	- 1,8	5,8	- 7,4	- 8,3	- 3,3	- 0,1	4,2	7,5
Arbeitnehmerentgelt	5,7	4,0	3,5	6,3	5,2	4,5	3,5	3,0	3,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1 971,8	2 033,6	2 102,9	948,1	1 023,7	982,0	1 051,6	1 013,0	1 089,8
Nettolöhne und -gehälter	1 364,1	1 392,7	1 438,2	647,2	716,9	663,8	728,9	681,5	756,8
Monetäre Sozialleistungen	777,7	822,6	854,1	384,4	393,2	408,1	414,5	425,3	428,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	170,0	181,7	189,4	83,5	86,5	89,9	91,8	93,7	95,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	658,4	664,5	673,3	345,2	313,2	344,6	319,9	347,8	325,5
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 128,5	- 136,5	- 142,6	- 58,8	- 69,8	- 63,3	- 73,2	- 65,8	- 76,8
Verfügbares Einkommen	2 501,7	2 561,7	2 633,6	1 234,5	1 267,2	1 263,3	1 298,4	1 295,0	1 338,6
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,7	57,7	57,8	28,0	29,7	28,0	29,7	28,0	29,8
Konsumausgaben	2 270,4	2 339,4	2 398,5	1 108,5	1 161,8	1 142,3	1 197,1	1 165,9	1 232,6
Sparen	289,0	280,0	292,9	154,0	135,0	149,0	131,0	157,1	135,8
Sparquote (Prozent) ⁶	11,3	10,7	10,9	12,2	10,4	11,5	9,9	11,9	9,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	6,1	3,1	3,4	6,8	5,5	3,6	2,7	3,2	3,6
Nettolöhne und -gehälter	6,0	2,1	3,3	7,0	5,2	2,6	1,7	2,7	3,8
Monetäre Sozialleistungen	6,4	5,8	3,8	6,7	6,2	6,2	5,4	4,2	3,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,8	6,9	4,2	7,8	5,8	7,7	6,1	4,2	4,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 1,3	0,9	1,3	- 1,7	- 0,9	- 0,2	2,1	0,9	1,7
Verfügbares Einkommen	4,0	2,4	2,8	4,3	3,8	2,3	2,5	2,5	3,1
Konsumausgaben	2,9	3,0	2,5	3,0	2,9	3,0	3,0	2,1	3,0
Sparen	12,6	- 3,1	4,6	13,1	12,0	- 3,3	- 3,0	5,4	3,7

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026

	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	994,8	1 030,9	1 051,3	485,1	509,7	507,4	523,5	516,7	534,6
Sozialbeiträge	755,7	820,1	856,0	365,5	390,3	398,7	421,4	415,1	440,9
Vermögenseinkommen	34,3	35,1	36,3	17,9	16,3	18,3	16,9	19,0	17,4
Sonstige Transfers	31,4	31,8	32,0	13,9	17,6	14,0	17,8	14,2	17,8
Vermögenstransfers	20,6	23,1	20,3	9,3	11,3	11,9	11,2	9,1	11,3
Verkäufe	179,5	193,1	201,0	83,9	95,6	89,0	104,1	92,8	108,2
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	2 016,5	2 134,3	2 197,2	975,6	1 040,9	1 039,3	1 095,0	1 067,0	1 130,3
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	674,4	704,7	750,4	322,0	352,4	338,1	366,6	358,6	391,8
Arbeitnehmerentgelt	358,3	371,9	383,6	173,2	185,1	180,4	191,4	185,6	198,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	46,1	50,2	53,0	23,0	23,1	25,4	24,9	26,8	26,3
Subventionen	54,4	54,6	61,4	25,2	29,2	24,7	29,9	28,1	33,3
Monetäre Sozialleistungen	702,3	743,1	773,0	346,9	355,4	368,8	374,3	385,4	387,7
Sonstige laufende Transfers	90,4	91,7	100,8	43,6	46,8	44,5	47,2	49,1	51,7
Vermögenstransfers	84,4	75,4	85,3	37,2	47,2	29,7	45,7	34,9	50,4
Bruttoinvestitionen	125,7	136,0	150,9	55,2	70,4	59,7	76,3	62,9	88,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1
Insgesamt	2 135,7	2 227,4	2 358,2	1 026,2	1 109,5	1 071,2	1 156,2	1 131,2	1 227,0
Finanzierungssaldo	- 119,2	- 93,1	- 161,0	- 50,6	- 68,6	- 31,8	- 61,2	- 64,2	- 96,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,5	3,6	2,0	2,8	4,2	4,6	2,7	1,8	2,1
Sozialbeiträge	6,5	8,5	4,4	6,8	6,1	9,1	8,0	4,1	4,6
Vermögenseinkommen	9,2	2,5	3,5	12,4	5,9	1,9	3,1	3,8	3,1
Sonstige Transfers	- 5,9	1,2	0,7	- 5,4	- 6,3	0,7	1,6	1,6	- 0,1
Vermögenstransfers	6,0	12,3	- 12,1	8,9	3,7	28,1	- 0,7	- 23,7	0,3
Verkäufe	8,4	7,6	4,1	7,0	9,7	6,1	8,8	4,3	4,0
Sonstige Subventionen	- 13,0	3,0	0,0	- 2,5	- 20,4	6,4	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	5,0	5,8	2,9	4,7	5,2	6,5	5,2	2,7	3,2
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	7,7	4,5	6,5	7,1	8,2	5,0	4,0	6,1	6,9
Arbeitnehmerentgelt	6,1	3,8	3,1	7,7	4,7	4,2	3,4	2,8	3,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,0	9,1	5,6	33,5	19,3	10,3	7,8	5,5	5,6
Subventionen	- 35,6	0,3	12,4	- 40,4	- 30,8	- 1,9	2,3	13,8	11,2
Monetäre Sozialleistungen	6,9	5,8	4,0	7,2	6,6	6,3	5,3	4,5	3,6
Sonstige laufende Transfers	- 1,5	1,4	9,9	- 1,1	- 1,9	2,1	0,8	10,2	9,6
Vermögenstransfers	13,3	- 10,6	13,1	25,2	5,4	- 20,1	- 3,1	17,4	10,3
Bruttoinvestitionen	7,3	8,2	11,0	9,3	5,8	8,1	8,3	5,5	15,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 57,6	43,7	0,0	- 56,3	- 58,6	100,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	5,5	4,3	5,9	5,9	5,1	4,4	4,2	5,6	6,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleisteter Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleisteter sonstiger Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

12. Hauptaggregate der Sektoren

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2024					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 899,6	2 620,0	469,2	810,4	–	
2 – Abschreibungen	886,8	487,1	119,4	280,2	–	
3 = Nettowertschöpfung 1)	3 012,8	2 132,9	349,7	530,2	– 169,0	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 350,2	1 704,1	358,3	287,8	20,0	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,5	30,6	0,3	10,6	–	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	64,0	61,7	0,2	2,2	–	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	685,2	460,0	– 8,7	233,9	– 188,9	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 355,9	–	–	2 355,9	14,2	
9 – Geleistete Subventionen	54,4	–	54,4	–	9,8	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	441,8	–	441,8	–	5,6	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	1 100,6	1 007,6	46,1	46,9	431,7	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 248,2	742,5	34,3	471,4	284,1	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 576,1	194,9	366,9	3 014,3	– 326,5	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	539,0	128,2	–	410,8	14,8	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	553,1	–	553,1	–	0,7	
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	910,9	–	–	910,9	3,7	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	909,6	153,0	755,7	0,8	5,0	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	787,8	84,7	702,3	0,8	0,8	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	777,7	–	–	777,7	10,9	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	464,4	271,2	90,4	102,7	98,1	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	402,7	237,2	31,4	134,1	159,8	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 517,1	101,0	914,4	2 501,7	– 267,5	
23 – Konsumausgaben	3 230,6	–	960,2	2 270,4	–	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,7	–	57,7	–	
25 = Sparen	286,4	43,3	– 45,9	289,0	– 267,5	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	113,6	13,2	84,4	16,1	8,4	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	91,2	50,7	20,6	19,9	30,8	
28 – Bruttoinvestitionen	905,7	503,0	125,7	277,1	–	
29 + Abschreibungen	886,8	487,1	119,4	280,2	–	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	16,4	16,6	– 0,2	– 0,0	– 16,4	
31 = Finanzierungssaldo	228,7	48,3	– 115,6	296,0	– 228,7	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 517,1	101,0	914,4	2 501,7	– 267,5	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	594,9	–	594,9	–	–	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	594,9	–	–	594,9	–	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 517,1	101,0	319,5	3 096,6	– 267,5	
38 – Konsum 2)	3 230,6	–	365,4	2 865,3	–	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,7	–	57,7	–	
40 = Sparen	286,4	43,3	– 45,9	289,0	– 267,5	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*.

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2025				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	4 004,9	2 679,5	487,9	837,5	–
2 –	Abschreibungen	921,5	505,5	124,0	292,0	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	3 083,4	2 174,0	363,9	545,5	– 145,2
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 443,9	1 771,2	371,9	300,8	20,6
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	44,3	32,6	0,3	11,5	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	63,7	61,2	0,2	2,3	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	658,9	431,5	– 8,1	235,5	– 165,8
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 449,7	–	–	2 449,7	14,8
9 –	Geleistete Subventionen	54,6	–	54,6	–	9,2
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	460,1	–	460,1	–	6,0
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	1 106,8	1 009,8	50,2	46,8	425,1
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	1 266,1	755,2	35,1	475,8	265,8
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 673,3	176,8	382,3	3 114,2	– 313,5
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	555,8	128,1	–	427,7	15,7
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	570,8	–	570,8	–	0,8
16 –	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	979,0	–	–	979,0	3,8
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	977,7	156,8	820,1	0,8	5,1
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	833,1	89,2	743,1	0,8	0,8
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	822,6	–	–	822,6	11,3
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	474,0	275,8	91,7	106,5	102,0
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	415,1	245,6	31,8	137,7	160,9
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 617,5	86,1	970,1	2 561,3	– 257,7
23 –	Konsumausgaben	3 338,5	–	999,2	2 339,4	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,7	–	57,7	–
25 =	Sparen	279,0	28,5	– 29,1	279,6	– 257,7
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	105,3	13,6	75,4	16,3	5,6
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	88,1	45,1	23,1	19,9	22,8
28 –	Bruttoinvestitionen	942,7	516,8	136,0	289,9	–
29 +	Abschreibungen	921,5	505,5	124,0	292,0	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	14,1	14,4	– 0,3	0,1	– 14,1
31 =	Finanzierungssaldo	226,4	34,2	– 93,1	285,2	– 226,4
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 617,5	86,1	970,1	2 561,3	– 257,7
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	621,6	–	621,6	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	621,6	–	–	621,6	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 617,5	86,1	348,5	3 182,9	– 257,7
38 –	Konsum 3)	3 338,5	–	377,5	2 961,0	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,7	–	57,7	–
40 =	Sparen	279,0	28,5	– 29,1	279,6	– 257,7

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2026				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	4 174,5	2 804,4	503,9	866,1	–
2 –	Abschreibungen	968,6	533,3	127,5	307,8	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	3 205,8	2 271,2	376,4	558,3	– 130,7
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 528,5	1 833,7	383,6	311,2	21,2
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	46,4	34,1	0,3	12,0	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	70,4	67,7	0,2	2,6	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	701,3	471,0	– 7,3	237,6	– 151,9
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 534,3	–	–	2 534,3	15,4
9 –	Geleistete Subventionen	61,4	–	61,4	–	9,2
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	464,2	–	464,2	–	6,2
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	1 120,2	1 019,9	53,0	47,2	435,7
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	1 284,8	765,5	36,3	483,0	271,1
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 803,1	216,6	378,8	3 207,7	– 304,1
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	571,7	129,6	–	442,1	16,1
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	587,1	–	587,1	–	0,8
16 –	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	1 018,8	–	–	1 018,8	3,9
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	1 017,4	160,6	856,0	0,9	5,2
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	864,8	90,9	773,0	0,9	0,8
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	854,1	–	–	854,1	11,5
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	492,7	282,7	100,8	109,1	104,5
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	432,3	259,9	32,0	140,3	164,9
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 746,0	133,8	980,1	2 632,1	– 247,1
23 –	Konsumausgaben	3 451,5	–	1 053,0	2 398,5	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,8	–	57,8	–
25 =	Sparen	294,5	76,1	– 72,9	291,4	– 247,1
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	116,1	14,0	85,3	16,8	6,1
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	96,0	52,8	20,3	22,9	26,2
28 –	Bruttoinvestitionen	1 016,1	553,7	150,9	311,5	–
29 +	Abschreibungen	968,6	533,3	127,5	307,8	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	13,4	13,7	– 0,3	0,1	– 13,4
31 =	Finanzierungssaldo	213,5	80,8	– 161,0	293,7	– 213,5
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 746,0	133,8	980,1	2 632,1	– 247,1
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	637,7	–	637,7	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	637,7	–	–	637,7	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 746,0	133,8	342,4	3 269,8	– 247,1
38 –	Konsum 2)	3 451,5	–	415,3	3 036,2	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,8	–	57,8	–
40 =	Sparen	294,5	76,1	– 72,9	291,4	– 247,1

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Literatur

- Ademmer, M., N. Jannsen, S. Kooths und S. Möse (2019). [Niedrigwasser bremst Produktion](#). Wirtschaftsdienst 99(1): 79–80.
- Baker, S. R., N. Bloom und S. J. Davis (2016). [Measuring Economic Policy Uncertainty](#). The Quarterly Journal of Economics 131(4): 1593–1636.
- Barnichon, R., D. Debortoli und C. Matthes (2022). [Understanding the Size of the Government Spending Multiplier: It's in the Sign](#). The Review of Economic Studies 89(1): 87–117.
- Beck, G., A. Dijs, X. Jaravel, S. Kessing und S. Sieglöcher (2021). [Analyse der Verbraucherpreisentwicklung nach Senkung der Mehrwertsteuer](#). Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV).
- Behringer, J. und S. Dullien (2024). [Inflationsausgleichsprämie erhöht Einkommen von 26 Millionen Beschäftigten um 52 Milliarden Euro. Bestimmungsfaktoren und Auswirkungen der Sonderzahlungen](#). IMK Policy Brief 171. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf.
- Benedek, D., R. A. De Mooij, M. Keen und P. Wingender (2020). [Varieties of VAT pass through](#). International Tax and Public Finance 27: 890–930.
- Benzarti, Y. und D. Carloni (2019). [Who Really Benefits from Consumption Tax Cuts? Evidence from a Large VAT Reform in France](#). American Economic Journal: Economic Policy 11(1): 38–63.
- Benzarti, Y., D. Carloni, J. Harju und T. Kosonen. [What Goes Up May Not Come Down: Asymmetric Incidence of Value-Added Taxes](#). Journal of Political Economy 128(2): 4438–4474.
- Beznoska, M., und T. Hentze (2024). [Inflationsausgleichsprämie: Ohne Tarifvertrag weniger Verbreitung](#). IW-Kurzbericht 35/2024. Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.
- Born, B., F. D'Ascanio, G. J. Müller und J. Pfeifer (2024). [Mr. Keynes meets the Classics: Government Spending and the Real Exchange Rate](#). Journal of Political Economy 132(5): 1642–1683.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, Krohn, J., Reents, J. und Schröder, C. (2025). [Deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2025: Finanzpolitik dreht mächtig auf](#). Kieler Konjunkturbericht 122. Kiel Institut für Weltwirtschaft.
- Caldara, D., M. Iacoviello, P. Molligo, A. Prestipino und A. Raffo (2020). [The economic effects of trade policy uncertainty](#). Journal of Monetary Economics 109:38–59.
- DIHK (2025). [Wachstum? – Fehlanzeige!](#). DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2015.
- Dorn, F., C. Fuest, F. Neumeier und M. Stimmelmayer (2021). [Wie beeinflussen Steuerentlastungen die wirtschaftliche Entwicklung und das Steueraufkommen? Eine quantitative Analyse mit einem CGE-Modell](#). ifo Schnelldienst, 74(10): 3–11.
- Gechert, S., und A. Rannenberg (2018). [Which Fiscal Multipliers are Regime-Dependent? A Meta-Regression Analysis](#). Journal of Economic Surveys 32(4): 1160–1182.
- German, N. und M. Karamysheva (2022). [Fiscal Multiplier and the Size of Government Spending Shock. The Case of the U.S.](#) Working paper.
- Gern, K.-J. (2025). [Unsicherheit und Zölle belasten US-Konjunktur](#). Wirtschaftsdienst 105(5):387–388.
- Gern, K.-J., S. Kooths, W.-H. Liu und J. Reents. Weltwirtschaft im Sommer 2025: Handelspolitischer Gegenwind bremst Expansion. Kieler Konjunkturbericht 124. Kiel Institut für Weltwirtschaft.
- Hinz, J., I. Méjean und M. Schularick (2025). [The consequences of the Trump trade war for Europe](#). Kiel Policy Brief 190.
- Hulse, D. S. und J. R. Livingstone (2010). [Incentive effects of bonus depreciation](#). Journal of Accounting and Public Policy 29(6): 578–603.
- Ilzetzki, E. (2025). [Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups](#). Kiel Report 2. Kiel Institut für Weltwirtschaft.
- Jannsen, N. und S. Kooths (2025). [Sinkende Produktionskapazitäten in der Industrie?](#). Wirtschaftsdienst 105(1): 75–76.
- Kiel Institut für Weltwirtschaft (2025). [Zölle und Handelskriege – Analysen, Simulationen und Kommentare rund um das Thema Zölle und Handelskriege](#). Themendossier.
- Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2024). [Struktureller Wandel im Verarbeitenden Gewerbe: Produktion unterzeichnet Bruttowertschöpfung](#). Ifo Schnelldienst 77(2): 55–60.

- MacPhail, C., R. Emekter und B. Jirasakuldech (2017). [Impact of Bonus Depreciation on Capital Expenditures](#). In: Advances in Taxation (Vol. 24, S. 125–161). Emerald Publishing Limited.
- Ohrn, E. (2019). [The effect of tax incentives on US manufacturing: Evidence from state accelerated depreciation policies](#). Journal of Public Economics 180.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025). [Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Strukturreformen noch dringlicher](#). Frühjahrsgutachten, Essen.
- Ramey, V. A. (2019). [Ten Years after the Financial Crisis: What Have We Learned from the Renaissance in Fiscal Research?](#). Journal of Economic Perspectives 33(2): 89–114.
- Zwick, E. und J. Mahon (2017). [Tax policy and heterogeneous investment behavior](#). American Economic Review 107(1): 217–248.